

Wir Berlinerinnen

LandesFrauenRat Berlin e.V.



95/Dezember 2006

Inhalt

Thema

Jahr der Chancengleichheit Seite 13

Special

Die Gesundheitsreform Seiten 10 und 11

LFR Aktuell

Wirtschaftsfaktor Familie Seite 3

Wahl zum RBB-Rundfunkrat Seite 3

LFR trifft Botschafterin Seite 4

LFR und DJB zum AGG Seite 4

Nein zu Gewalt an Frauen Seite 5

Frauenpolitik national

Zypern zur Integration Seite 6

Rente erst mit 67 Jahren Seite 7

Ein Jahr große Koalition Seite 7

Offener Brief zu GM Seite 8

Antidiskriminierungsstelle Seite 9

Gesundheit

Hoffnung durch Impfstoff Seite 12

Verbände auf einen Blick

15 Jahre LFR Sachsen-Anhalt Seite 16

DF-Mitgliederversammlung Seite 17

Ver.di: TransFairLöhne Seite 18

VAMV: Kampagne Seite 18

KDFB: Fortbildung Seite 18

DBfK: Qualität der Pflege Seite 19

LFR Niedersachsen: Resolution Seite 19

Berlin

Frauenpolitik nach der Wahl Seite 20

Vorgestellt: Techno-Club der TU Seite 21

Wanderausstellung Seite 22

Rubriken

Impressum Seite 2

LFR unterwegs Seite 2

Personalia Seite 22

Neues aus dem UCW Seite 23

Termine Seite 24

Liebe Ladies,

Weihnachten naht und wie jedes Jahr kommt es auch 2006 irgendwie überraschend. Die adventliche Besinnung, die wir uns in der vorweihnachtlichen Zeit vielfach gegenseitig wünschen, scheint abhanden gekommen zu sein. Ich jedenfalls verspüre voraussichtlich frühestens am Nachmittag des 24. Dezembers so etwas wie den zarten Zauber der Weihnacht und das, obwohl ich ganz in christlicher Tradition erzogen worden bin und heute (wieder) gerne darauf zurückkomme.

Unausweichlich folgt auf Weihnachten das Jahresende und dies ist Anlass genug für einen Rückblick auf 2006 aus Sicht des LandesFrauenRates. Aus der Baustelle, die wir im Herbst 2005 in der Sigmaringer Straße 1 bezogen hatten, ist das überaus schmucke Unternehmerinnen- und Gründerinnenzentrum Charlottenburg-Wilmersdorf (UCW) geworden, in dem wir uns sehr wohl fühlen. Das liegt neben den angenehmen Räumlichkeiten an dem hervorragenden Management des Hauses durch Inge Dallmeier und die gute Nachbarschaft, die wir zu zahlreichen Unternehmerinnen im UCW pflegen. Knüpfen dieser Beziehungen ist vor allem Sabine Röhrbein, die der LFR im März als Geschäftsführerin gewonnen hat und die unter anderem unsere Zeitschrift „Wir Berlinerinnen“ optisch und inhaltlich mächtig aufpoliert hat. Ein wenig mehr Glanz täte auch der Frauenpolitik in Berlin gut. Wir beobachten sehr gespannt, welche Aktivitäten der alte und neue Frauensensor Harald Wolf insbesondere aus dem Frauenbericht ableiten wird. Wir begnügen uns hier jedoch keineswegs mit der Rolle der geduldigen Zuschauerinnen!

Ganz zum Schluss: Der LFR hat Zuwachs bekommen! Wir freuen uns, dass der Verband deutscher Unternehmerinnen (VdU) und NIKE – Polnische Frauen in Wirtschaft und Kultur seit diesem Jahr mit an Bord sind. Der LFR verfügt über ein ebenso vielfältiges wie hervorragendes Mitgliederspektrum. Dieses Potenzial werden wir auch 2007 wieder und verstärkt für die Interessen der Berliner Frauen einsetzen. Bis dahin hoffentlich doch noch ein wenig Besinnlichkeit, ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches Neues Jahr.

All das wünscht
Ihnen Ihre

Preisverleihung im Französischen Dom

♦ Am 23. November 2006 wurde die Lehrerin Magdalena Baur mit dem „Preis Frauen Europas – Deutschland 2006“ des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland ausgezeichnet. Die feierliche Preisverleihung fand in der Französischen Friedrichstadtkirche am Gendarmenmarkt statt. Magdalena Baur wurde für ihre langjährige ehrenamtliche Arbeit im Bereich der Bildungszusammenarbeit in Europa geehrt. Sie koordinierte Schulprojekte mit deutscher, italienischer, niederländischer und österreichischer Beteiligung und baute Kontakte zu pädagogischen Instituten in diesen Ländern sowie in Mittel- und Osteuropa auf. Der „Preis Frauen Europas – Deutschland 2006“ wird seit 1991 an Frauen verliehen, die sich in besonderer und ehrenamtlicher Weise für die europäische Integration und Verständigung der Völker engagiert haben.

(brouwers)

Impressum

Herausgeber:
LandesFrauenRat Berlin e.V.
Sigmaringer Straße 1
10713 Berlin
Telefon: 030/785 70 10
Fax: 030/86 00 88 40
Email: lfr-berlin@t-online.de
Redaktion: Juliane Freifrau von Friesen (ViSdP), Marlies Brouwers, Anneliese Wolf, Sabine Röhrbein

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des LandesFrauenRates wieder. Beiträge oder Auszüge dürfen nur mit ausdrücklicher Genehmigung des LandesFrauenRates Berlin e.V. von Dritten veröffentlicht werden. Davon ausgenommen sind der Deutsche Frauenrat und die Dachverbände der Frauenverbände in den Bundesländern.

Erscheinungsdatum: 6.12.2006

Gemeinsamer Besuch im Ministerium

♦ Am 8. November besuchte der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFOB) gemeinsam mit dem LandesFrauenRat Berlin das Ministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend in der Alexanderstraße.

Zum Politikbereich des Ministeriums gehören Familie, Ältere Menschen, Gleichstellung, Kinder und Jugend, Zivildienst, Freiwilliges Engagement und Wohlfahrtspflege. Ziel der Gleichstellungspolitik ist es, gleiche Chancen für Frauen und Männer in allen Lebensbereichen herzustellen. Anfang 2006 ist zum Beispiel die 2. Bilanz „Chancengleichheit – Frauen in Führungspositionen“ erschienen (unter www.bmfsfj.de zu finden). Kürzlich gestartet ist das Aktionsprogramm „Mehrgenera-

tionenhäuser“: Bis Ende 2007 soll in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt ein Mehrgenerationenhaus eröffnen, insgesamt werden es dann 439 sein. Unter dem Dach des Ministeriums wurde nach Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) die Antidiskriminierungsstelle des Bundes eingerichtet. Zu ihren Aufgaben gehören unter anderem Information, Beratung und auf Wunsch Unterstützung von Betroffenen bei einer gütlichen Beilegung sowie Maßnahmen zur Verhinderung von Benachteiligungen.

Wer mit einer Gruppe das Ministerium besuchen möchte, kann beim Besucherdienst einen Gesprächstermin vereinbaren.

(brouwers)

Bei benachbarten Frauenräten

Jahresempfang 2006 in Hannover

♦ Thema des Jahresempfangs des Landesfrauenrates Niedersachsen in Hannover am 28. September 2006 war „Gleichberechtigung in Niedersachsen“. Für den Ministerpräsidenten, der zur Sitzung in Berlin weilte, hielt Kultusminister Bernd Busemann den Festvortrag.

Rund 180 TeilnehmerInnen aus den verschiedensten Verbänden, aus der Politik und der Wirtschaft waren anwesend. Im Anschluss trafen sie sich zu einem regen Erfahrungsaustausch über frauenspezifische Themen und zur Besichtigung des Tagungsgebäudes - ein imponierender Komplex, in dem die Mitarbeiter der „FinanzIT“ ihre Arbeitsplätze nach den neuesten Erkenntnissen gestalten können. (wolf)

Beachten Sie bitte auch die Resolution der Delegiertenversammlung des LandesFrauenRates Niedersachsen vom 4. November auf Seite 19

15 Jahre Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt

♦ Der Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt hatte am 16. November 2006 zum Parlamentarischen Abend in den Landtag in Magdeburg geladen. In seiner Ansprache wies der Landtagspräsident auf die gute Zusammenarbeit und auf weitere gemeinsame Unternehmungen hin. VertreterInnen der Landesregierung, aus anderen Landesfrauenräten und viele TeilnehmerInnen aus den Mitgliedsverbänden nahmen an der Veranstaltung teil. In der Eröffnungsrede erwähnte die erste Vorsitzende Ute Fischer, dass Frauen schon immer eine bedeutende Rolle im öffentlichen Leben innehatten. Aus diesem Grund traten Frauen in historischen Kostümen auf und erzählten aus ihrem Leben. Das Rahmenprogramm für diese Veranstaltung bildeten Führungen auf den Spuren historischer Frauenpersönlichkeiten. (wolf)

Lesen Sie auch den Beitrag auf Seite 16



Symposium „Wirtschaftsfaktor Familie“

♦ Auf Einladung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) fand am 9. November 2006 in Berlin das Symposium „Wirtschaftsfaktor Familie“ in der Landesvertretung des Saarlandes statt. Die zuständige Bundesministerin Ursula von der Leyen und BDI-Präsident Jürgen R. Thumann stellten zunächst ihre gemeinsame Initiative „Nachhaltige Familienpolitik als Wachstums politik“ vor. Beide betonten, dass die demografische Entwicklung in Deutschland nur durch eine massiv familienfreundliche Einstellung aller Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber verbessert werden könne. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern müsse das Gefühl vermittelt werden, dass Kinder nicht länger ein Hindernis – jeden-

falls für die Mütter – bei der beruflichen Entwicklung, sondern vielmehr willkommen seien. Die Umkehr des demografischen Negativtrends sei für die Unternehmen überlebenswichtig, da sie künftig mehr denn je auf qualifizierte Fachkräfte angewiesen seien.

Dies wurde von IW-Direktor Prof. Michael Hüther und Dr. Renate Köcher, Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie in Allensbach, im Folgenden detailliert dargelegt und den Unternehmen nachdrücklich ans Herz gelegt. Dabei wurde von beiden immer wieder darauf hingewiesen, dass Kinderbetreuungseinrichtungen, insbesondere für die Jüngsten, unverzichtbar seien und es hier nach wie vor großen Nachholbedarf gebe. Entscheidender sei jedoch, dass potentielle Mütter und Väter ein ausgeprägtes Ge-

fühl der Sicherheit haben müssten, bevor sie Kinderwünsche verwirklichen würden. An diesem Gefühl einer möglichst allumfassenden Sicherheit würde es derzeit aber gravierend fehlen.

In der abschließenden Podiumsdiskussion, die die LFR-Vorsitzende zu ihrem Bedauern nicht vollständig verfolgen konnte, betonte vor allem die Oberbürgermeisterin von Bonn, Bärbel Diekmann, wie schwer man es ihr gemacht hätte, ihre politische Karriere und vier Kinder unter einen Hut zu bekommen. Es habe dabei nicht nur an passenden Öffnungszeiten von Kindergärten und Schulen gemangelt, sondern auch am Verständnis ihres politischen Umfeldes, dass ihr die Mutterrolle alleine nicht ausreichend war. Hieran müsse noch in Deutschland gearbeitet werden. Wie wahr – zumindest in westlichen Gefilden. (JvF)

Wahl zum RBB-Rundfunkrat

♦ Der LandesFrauenRat Berlin e.V. und der Frauenpolitische Rat-schlag Land Brandenburg e.V. haben Juliane Freifrau von Friesen als Frauenvertreterin für den RBB-Rundfunkrat nominiert. Der Grund: Am 31. Dezember 2006 endet die erste Wahlperiode des Rundfunkrats des fusionierten Senders. Die beiden Dachverbände der Frauenorganisationen im Sendegebiet Berlin und Brandenburg haben ein gemeinsames Vorschlagsrecht für den Sitz einer Frauenvertreterin im Rundfunkrat. Bisher nahm Frederike von Borsstel aus Brandenburg die Frauenvertretung wahr. Nach der Kooperationsvereinbarung von LandesFrauenRat und Frauenpolitischem Rat haben die beiden Verbände abwechselnd das Vorschlagsrecht. Diesmal waren die Berlin-erinnen am Zug und schlugen die LFR-Vorsitzende vor. Beide Verbände haben überdies Kontakt zu weiteren Verbänden

und den politischen Parteien aufgenommen, die die gesellschaftlichen Gruppen im RBB-Rundfunkrat repräsentieren. Ziel war es, den Frauenanteil in dem Gremium zu erhöhen. So entsandte das Abgeordnetenhaus von Berlin bisher Dr. Bärbel Grygier (Linkspartei.PDS) und Dr. Frank Steffel (CDU) sowie Michael Müller (SPD) und Frank Zimmermann (SPD). „Nachdem also bisher vorrangig Männer das Berliner Landesparlament im RBB-Rundfunkrat vertreten haben, ist es nach Auffassung des LandesFrauenRates Berlin unter dem Gesichtspunkt einer angemessenen Repräsentanz der Frauen an der Zeit, vorrangig weibliche Abgeordnete für das Gremium zu benennen“, schrieb die LFR-Vorsitzende auch mit Blick auf den gestiegenen Frauenanteil im Parlament an die Fraktionsvorsitzenden. Der neue RBB-Rundfunkrat nimmt am 1. Januar 2007 seine Geschäfte auf. (sbr)

**Der LandesFrauenRat
Berlin e.V. hat durch
Beschluss der
Mitgliederversammlung
neue Organisationen
aufgenommen:**

*NIKE e.V.
Polnische Frauen in
Wirtschaft und Kultur*

*Verband deutscher
Unternehmerinnen
(VdU)*

**Die Aufnahme hat
außerdem beantragt:**

*frauen + schule
Berlin/Brandenburg
e.V.*

LFR trifft Botschafterin – Blick ins ferne Paraguay

Veranstaltung mit den VBKI-Ladies

♦ Am 13. November fand im Ludwig-Erhard-Haus die erste Gemeinschaftsveranstaltung des LandesFrauenRates Berlin mit der Ladies Lounge der Vereins der Berliner Kaufleute und Industrieller (VBKI) statt. Der VBKI ist ein traditionsreicher Wirtschaftsclub, der seit 130 Jahren existiert und damit länger als die Industrie- und Handelskammer Berlin, die er mitbegründet hat. Erstaunlicherweise gab es beim VBKI nie eine Aufnahmesperre für Frauen, die aber dennoch kaum vorkamen. Auch die „Ahnengalerie“ im VBKI ist eine rein männliche, d.h. die rund 40 Bilder zeigen ausschließlich Präsidenten. Mit der Ladies Lounge sind die weiblichen VBKI-Mitglieder aktiv geworden, vor allem um mehr Frauen, die aktuell noch im einstelligen Prozentbereich dem VBKI angehören, in den Verein zu holen und auch um Frauen gerade

als Referentinnen für Männer sichtbar zu machen. Zu den Referentinnen, die in den vergangenen knapp zwei Jahren der Einladung der VBKI-Ladies gefolgt sind, zählen Gesine Schwan, Gertrud Höhler, Renate Künast, Margret Suckale und Regina Ziegler, um nur einige besonders prominente Beispiele zu nennen.

Am 13. November stellte die Botschafterin von Paraguay, Lilianne Lebron-Wenger, ihr interessantes, aber hierzulande doch wenig bekanntes Land vor und berichtete insbesondere über die Situation der Frauen in Paraguay. Die stellvertretende LFR-Vorsitzende Marlies Brouwers hatte sie davon überzeugt, dass LFR und VBKI eine passende Plattform dafür bieten würden.

In den Städten und vor allem, soweit sie Mittel- und Oberschicht angehören, sind Frauen in allen

Bereichen im Kommen, aber auf dem Land, wo es viel Armut gibt, haben Mädchen und Frauen nach wie vor kaum eine Chance, berichtete die Botschafterin. Die Bildungsmöglichkeiten sind schon aufgrund der fehlenden Infrastruktur gering, und wenn es Großfamilien schaffen, einem Familienmitglied einen längeren Schul- oder gar Universitätsbesuch zu ermöglichen, fällt die Wahl für gewöhnlich auf einen Sohn. Dennoch gab sich die Botschafterin optimistisch, dass es, wenn auch langsam, vorangehe. Der Abend, der mit einem kurzen Film über Paraguay und seine junge Bevölkerung begonnen hatte, endete nach einer munteren Frage- und Antwortrunde mit einem geselligen Beisammensein, an dem sich auch die Botschafterin bis zum Ende beteiligte.

(JvF)

LFR trifft Gesetz – Zahnloses „AGG-Monstrum“

Veranstaltung mit der DJB-Regionalgruppe Berlin

♦ Zur ersten gemeinsamen Veranstaltung des LandesFrauenRates Berlin und der Regionalgruppe Berlin des Deutschen Juristinnenbundes (DJB) am 16. November im UCW waren geschätzte 50 Zuhörerinnen und ein Zuhörer gekommen, um sich „AGG-fit“ machen zu lassen. Über das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz referierte Ingrid Weber, bis Mitte 2005 Vorsitzende Richterin am Landesarbeitsgericht Berlin und zugleich Vorsitzende der DJB-Gleichstellungskommission. In dieser Funktion hat sie ebenso wie die LFR-Vorsitzende alle Gesetzesvorhaben auf Bundes- und Landesebene seit 1987 begleitet und insbesondere am Zustandekommen des AGG, das sich über mehrere Legislaturperioden hingezogen hat, als Sachverständige

unermüdlich mitgewirkt. Wie zuweilen mühsam, aber zumindest in Teilen auch erfolgreich die Interventionen des DJB bei den verschiedenen Bundesfrauenministerinnen und der Bundesjustizministerin waren, stellte Ingrid Weber dem aufmerksamen Auditorium sehr anschaulich dar.

Nicht minder informativ waren ihre von juristischem Sachverstand geprägten Ausführungen zum AGG selbst, wobei sie als juristische Fachfrau auch immer wieder auf die rechts- und gesellschaftspolitische Dimension des Gesetzes zurückkam. Hier war ihr durchaus deutlich die Enttäuschung anzumerken, als sie das AGG als partiell „zahnlos“ bezeichnete, was etliche Zuhörerinnen angesichts der anhaltenden Klagen über das „AGG-Monstrum“ speziell von Sei-

ten der Arbeitgeber sicher überrascht haben dürfte. Dem Referat schloss sich eine rege Diskussion an, in der neben arbeitsrechtlichen Fragen auch solche erörtert wurden, die das Miet- und Versicherungsrecht unter AGG-Gesichtspunkten betrafen. In ihren abschließenden Worten betonte die stellvertretende Vorsitzende der DJB-Regionalgruppe, Susanne Gerlach, dass dieser Abend zwar die erste, aber sicherlich nicht die letzte Gemeinschaftsveranstaltung des DJB mit dem LFR gewesen sei. Dem schloss sich die LFR-Vorsitzende sofort und ausgesprochen gerne an – ebenso wie die Anwesenden, die mit ihrem Applaus nicht nur der Referentin Ingrid Weber Beifall spendeten, sondern auch der Äußerung von Susanne Gerlach. (JvF)

Gedenktag „Nein zu Gewalt an Frauen“

Ansprache zur Fahnenaktion von Juliane von Friesen

♦ Es war der 25. November 1960, als die drei Schwestern Mirabal nach monatelanger Folter in der Dominikanischen Republik vom militärischen Geheimdienst ermordet wurden. Der Mut dieser Schwestern bei ihrem Kampf gegen die Diktatur gilt inzwischen weltweit als Symbol für Frauen, die nötige Kraft für das Engagement und den Kampf gegen jegliches Unrecht zu entwickeln.

Feministinnen riefen bei einem Treffen 1981 im kolumbianischen Bogotá das Todesdatum der Mirabal-Schwester zum Gedenktag für die Opfer von Gewalt an Mädchen und Frauen aus. Seit 1999 ist der 25. November von den Vereinten Nationen als offizieller internationaler Gedenktag anerkannt. Das aus gutem Grund: Ihr Zuhause stellt für viele Frauen und ihre Kinder nicht Geborgenheit und Sicherheit dar, sondern ist vielmehr ein Ort des Schreckens, wo sie Demütigung, Gewalt und auch lebensgefährliche Bedrohung erfahren. Weltweite Studien belegen, dass zwischen 20 und 59 Prozent aller Frauen schon von ihrem Intimpartner geschlagen wurden. Misshandlungen durch Ehemänner, Freunde oder Lebenspartner gehören für viele Frauen und ihre Kinder auch in der Bundesrepublik zum Alltag. Laut der Studie „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erleben etwa 40 Prozent der in Deutschland lebenden Frauen körperliche und sexuelle Gewalt innerhalb von Familien- und Partnerschaften. Männergewalt gegen Frauen kostet die Solidargemeinschaft jährlich 14,8 Milliarden Euro, pro Jahr fliehen rund 45.000 Frauen mit ihren Kindern in Frauenhäuser. Trotzdem handelt es sich bei häuslicher Gewalt noch immer um ein gesell-

schaftliches Tabuthema. Einkommen, Bildung oder Alter sind dabei völlig belanglos. Häusliche Gewalt ist die häufigste Ursache für Verletzungen bei Frauen, laut Terre des Femmes häufiger als Verkehrsunfälle, Überfälle und Vergewaltigungen zusammen. Ihr eigenes Zuhause ist der gefährlichste Ort für Frauen.

Und das trotz weitreichender gesetzlicher Verbesserungen insbesondere durch das Gewaltschutzgesetz. Deshalb will die Menschenrechtsorganisation Terre

Die direkte Hilfe

Die BIG Hotline ist täglich von 9 bis 24 Uhr unter 611 03 00 für Frauen mit Gewalterfahrung erreichbar. Technisch ist dies durch eine Rufumleitung möglich. Montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr übernimmt jeweils eine der fünf Frauenberatungsstellen Bora, Frauentreffpunkt, Frauenraum, Interkulturelle Initiative und Tara den Telefondienst. In der übrigen Zeit wird die Hotline von Mitarbeiterinnen der Zentrale abgedeckt. Immer zwei Telefonleitungen und zwei Mitarbeiterinnen stehen zur Verfügung. Für die Mobile Intervention ist von 9 bis 24 Uhr stets eine weitere Mitarbeiterin einsatzbereit.

des Femmes das Schweigen brechen. Für Deutschland hat sie eine Fahnenaktion entwickelt, um Bürgerinnen und Bürger für das Problem der häuslichen Gewalt zu sensibilisieren und zu mehr nachbarschaftlicher Aufmerksamkeit zu motivieren. Erstmals wurde die Fahnenaktion 2001 von zahlreichen Frauenbeauftragten und vielen Verbänden aufgegriffen. Bundesweit werden derzeit Fahnen mit dem Aufdruck „NEIN zu Gewalt an Frauen – Frei leben

ohne Gewalt“ in rund 800 Gemeinden und Städten gehisst. Die Aktion sieht sich als Teil der Bewegung „16 Days of activism against Gender Violence“ des amerikanischen Centre for Women's Global Leadership, die zwischen dem 25. November und dem Tag der Menschenrechte am 10. Dezember verbindende Themenschwerpunkte setzt und den Netzwerkgedanken weltweit vorantreiben will. Inzwischen liegt die internationale Beteiligung daran bei über 800 Organisationen und rund 90 verschiedenen Ländern.

In Berlin wird die Kampagne anlässlich des Internationalen Aktionstages „Nein zu Gewalt an Frauen“ durch den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Harald Wolf, und viele Unternehmen unterstützt. Initiatorinnen sind neben der Senatsfrauenverwaltung die Landesarbeitsgemeinschaft der bezirklichen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, die Hotline der Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen und Terre des Femmes Berlin. Viele Aktionen wollen die Öffentlichkeit aufrütteln. Dazu gehören die 500.000 Bäckertüten mit dem Aufdruck „Gewalt kommt nicht in die Tüte“, die Schlüssel- und Maßbänder mit dem Slogan „Für ein Zuhause ohne Gewalt“ und die Spots im Berliner Fenster, der Werbeplattform in der U-Bahn, sowie als unübersehbares Zeichen im Stadtbild die Fahnen vor den Rathäusern. Terre des Femmes startet am 25. November 2006 bundesweit die zweijährige Kampagne „Frauen schlägt Mann nicht“.

Der LandesFrauenRat Berlin beteiligt sich erstmals an der Fahnenaktion. Das UCW ist als Ort, in dem Frauen ihren Lebensunterhalt verdienen, bestens geeignet dafür. Hier soll heute die Flagge „Frei leben ohne Gewalt“ wehen...

Neue Rollenbilder für Jungs

♦ Der bundesweite Wettbewerb „Fort-Schritte wagen!“ ist im November in die zweite Runde gestartet. Das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Modellprojekt „Neue Wege für Jungs“ sucht innovative Ideen, wie Jungen ihre Lebensplanung und Berufswahl ohne Scheuklappen angehen können. „Wir wollen Jungen Perspektiven aufzeigen, die nicht in das oft noch verbreitete männliche Rollenbild des Alleinernährers einer Familie passen“, erläutert Staatssekretär Gerd Hoofe. „Zu zeigen, dass es sich für Jungen lohnt, den eigenen Horizont zu erweitern und flexibel auf neue berufliche und private Anforderungen zu reagieren, ist angesichts der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen in Deutschland ein großes Thema“, so Hoofe weiter.

Ob Workshops, Diskussionsrunden oder aber erlebnispädagogische Angebote - alle Ideen sind denkbar, vorausgesetzt sie unterstützen Jungen darin, andere Lebensmodelle kennen zu lernen oder ihre Sozialkompetenzen zu stärken. Gefragt sind Konzeptideen, die den Jungen vermehrtes Engagement in Familie, Partnerschaft und Haushalt nahe bringen, Werte wie Rücksicht und Fürsorge vermitteln sowie Team- und Konfliktfähigkeiten fördern. Vergeben werden wieder 25 mal 1.500 Euro Preisgeld für ausgezeichnete Vorschläge. Die Konzepte müssen bis zum 29. Januar 2007 eingereicht werden. Bewertungskriterien sind Innovation, Kreativität, Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit. Schirmherr des diesjährigen Wettbewerbs ist Christoph Biemann, bekannt als Autor eines Jungenkochbuchs sowie Moderator und Produzent der „Sendung mit der Maus“.

Mehr Informationen sind unter www.neue-wege-fuer-jungs.de im Internet zu finden.

Miteinander statt übereinander reden

♦ „Wenn wir etwas für Mädchen und Frauen tun wollen, dann werden wir auch offen über Männer sprechen müssen“, betonte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) bei der Eröffnung der Gespräche in der Arbeitsgruppe 4 „Lebenssituation von Frauen und Mädchen verbessern, Gleichberechtigung verwirklichen“ im Rahmen des Nationalen Integrationsplans. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte mit dem Integrationsgipfel am 14. Juli 2006 den Startschuss für die Erarbeitung eines Nationalen Integrationsplans gegeben. Migrantinnen und Migranten sowie Vertreterinnen und Vertreter maßgeblicher Gruppierungen sollen dazu in sechs Arbeitsgruppen miteinander diskutieren.

„Viel zu lange hat die Politik ignoriert, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und kulturell, ethnisch und religiös immer vielfältiger wird“, so Zypries. „Viel zu lange haben wir beim Thema Integration übereinander statt mitein-

ander geredet. Es ist Aufgabe von Politik und Gesellschaft, die Potentiale und Chancen eines Einwanderungslands fruchtbar zu machen und dafür zu sorgen, dass ein respektvolles und friedvolles Zusammenleben gesichert bleibt“, erklärte sie.

Die Themen der sechs Arbeitsgruppen reichen von Bildung über Sprachförderung, Weiterentwicklung der Integrationskurse bis hin zur Stärkung der kommunalen Integrationsarbeit. Die Arbeitsgruppe „Lebenssituation von Frauen und Mädchen verbessern. Gleichberechtigung verwirklichen“ wird als Querschnittsaufgabe begriffen. Frauen und Mädchen aus Zuwandererfamilien hätten wesentlich schlechtere Chancen, selbst zu bestimmen, wie sie ihr Leben führen wollen. Die Ursachen dafür seien vielfältig, so Zypries. Eine wichtige Ursache liege gewiss darin, dass männliche Zuwanderer Schwierigkeiten haben, die Gleichberechtigung von Mann und Frau zu akzeptieren. (sbr)

Russlanddeutsche Frauen oft selbstständig

♦ Mit etwa drei Prozent ist die Selbständigenquote unter Russlanddeutschen sehr niedrig. Allerdings ist der Frauenanteil in dieser Gruppe bemerkenswert hoch und liegt deutlich über dem anderer Migrantinnen und auch deutscher Frauen - so das Ergebnis der Studie „Existenzgründungen und berufliche Selbstständigkeit unter Aussiedlern“ des Instituts für Mittelstandsforschung. Zwischen 17 und 25 Prozent liegt der Frauenanteil bei den Selbstständigen mit griechischer, italienischer oder türkischer Herkunft, bei den Russlanddeutschen liegt er bei 39 Prozent. Zum Vergleich: Von den deutschen Selbstständigen sind derzeit etwa 26 Prozent Frauen. Weitere Besonderheit: Unter den Russlanddeutschen gibt es fast genauso viele selbstständige wie

abhängig beschäftigte Frauen, während andere Migrantinnen und deutsche Frauen mehrheitlich in abhängiger Beschäftigung tätig sind. Für russlanddeutsche Frauen wie Männer hat der Wunsch nach beruflicher Unabhängigkeit große Bedeutung. Ebenso wichtig ist ihnen, die eigene Qualifikation besser verwerten zu können. Allerdings spielt drohende Arbeitslosigkeit für fast 30 Prozent der Frauen, aber nur für 20 Prozent der Männer eine wichtige Rolle. Dagegen nennen die Männer den Wunsch nach einem höheren Einkommen deutlich öfter (65 Prozent) als die Frauen (51 Prozent). Häufig verfügten russlanddeutsche Frauen über Qualifikationen, die hierzulande nicht gefragt sind, so die Studie. Die Selbstständigkeit erscheint dann oft als Ausweg.

Rentenregelalter bei 67 Jahren

Große Koalition will Gesetzentwurf noch in 2006 vorlegen

♦ Stufenweise soll das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre angehoben werden, auch das Mindestalter für die Witwenrente soll sich um zwei Jahre auf 47 erhöhen. Darauf einigte sich die Große Koalition am 23. Oktober. Ein entsprechender Gesetzentwurf soll noch in diesem Jahr den Bundestag passieren.

Zu den Eckpunkten der neuen Regelungen für die Rente gehört auch, dass all jene abschlagsfrei mit 65 Jahren in Rente gehen können, die mindestens 45 Pflichtbeitragsjahre erreicht haben. Für Kinder, die ab dem 1. Januar 1992 geboren wurden, werden für den erziehenden Elternteil wie bisher drei Beitragsjahre angerechnet. Bis zum zehnten Lebensjahr wer-

den so genannte Kinderberücksichtigungszeiten angerechnet - dafür fließt zwar kein Beitrag in die Rentenversicherung, diese Zeiten der Kindererziehung zählen aber für die 45 Pflichtjahre. Betreuen Mutter oder Vater mehrere Kinder unter zehn Jahren, werden jedoch sich überlappende Erziehungszeiten abgezogen.

Anfang August hatte der CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Weiss eine Anhebung der Altersgrenze für die der Witwenrente von derzeit 45 auf 50 oder sogar 52 Jahren gefordert. Der Kompromiss der Koalitionäre setzt sie auf das 47. Lebensjahr fest. Das Rentenalter soll von 2012 an schrittweise bis 2029 angehoben werden - zunächst einen Monat, dann

zwei Monate pro Jahr. Die neue Regelaltersgrenze für den Jahrgang 1947 liegt dadurch bei 65 Jahren und einem Monat, für den Jahrgang 1948 bei 65 Jahren und zwei Monaten. Für alle ab 1964 Geborenen gilt die Regelaltersgrenze von 67 Jahren.

Die frauenpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion, Irmgard Schewe-Gerigk, lehnte die 45-Jahre-Regelung aus gleichstellungspolitischer Sicht ab. Während knapp 40 Prozent der Männer in den alten Bundesländern mindestens 45 Beitragsjahre hätten, seien es bei den Frauen weniger als vier Prozent, so Schewe-Gerigk. In Ostdeutschland liege die Zahl etwas höher.

(sbr)

„Attacken nicht persönlich nehmen“

Ein Jahr große Koalition: positive Bilanz der Familienministerin

♦ „Das Elterngeld ist ein Meilenstein in der Familienpolitik“, zog Ursula von der Leyen (CDU) nach einem Jahr großer Koalition positive Zwischenbilanz. Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen betont: „Mit der Einführung des Elterngeldes ab dem 1. Januar 2007 und der deutlich verbesserten Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten sind bereits zwei wichtige familienpolitische Eckpfeiler aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt.“

Die Koalition habe im November 2005 mit einer unendlich hohen Erwartungshaltung begonnen, „nämlich der Erwartung, wenn sich zwei Große zusammentun, dann muss es doppelt so gut werden“, so die Ministerin. „Keiner wollte sehen, dass eine große Koalition auch große Entfernungen zwischen den Positionen haben kann, zum Beispiel beim Thema Gesundheitspolitik. Jetzt habe ich das Gefühl, dass wir auf einer

sachlichen Basis der Zusammenarbeit angelangt sind“, meint von der Leyen und nennt einen weiteren Erfolg: „Mit dem inzwischen angeschobenen Zentrum des Bundes für frühe Hilfen kümmert sich das Bundesfamilienministerium noch intensiver um die Kinder, die auf der Schattenseite unserer Gesellschaft aufwachsen.“ Den Startschuss für ein bundesweites Modellprojekt, von dessen Erfolg sie ebenfalls überzeugt ist, gab die Bundesministerin im November: die Mehrgenerationenhäuser. „Vor einem Jahr haben wir noch darüber diskutiert, ob wir das alles brauchen - Elterngeld und kostenfreie Mehrgenerationenhäuser. Heute sind wir bereits sehr viel weiter: Es ist gelungen, das Thema Familienpolitik und Bildung von Kindern, also auch die Entfaltung Ihrer Fähigkeiten, zu einem Topthema zu machen und auch die Wirtschaft erkennt zunehmend die Bedeutung familienfreund-

licher Unternehmensprogramme. Mit der großen Koalition hat sich ein historisches Fenster für eine moderne Familienpolitik geöffnet“, ist sich von der Leyen sicher.

Die Ministerin selbst empfindet das erste Jahr der großen Koalition als lehrreich: „Ich habe aus vielen persönlichen Attacken den Schluss gezogen, dass ich sie nicht persönlich nehmen darf, sondern dass ich diese Angriffe abperlen lassen muss. Oft werden Sachdiskussionen stellvertretend über meine Person geführt, aber davon werde ich mich nicht von meinem Weg abbringen lassen. Es geht um die Frage, wie Familie leben soll in einer modernen Gesellschaft im 21. Jahrhundert, wenn Männer und Frauen das Einkommen verdienen müssen, aber die Erziehung auch einen wichtigen Stellenwert für beide hat, ebenso wie die Fürsorge der Töchter und Söhne für die ältere Generation.“

(sbr)

Offener Brief: Gender Mainstreaming umsetzen

♦ In einem gemeinsamen Offenen Brief an Bundesfrauenministerin Ursula von der Leyen (CDU) haben die Netzwerke „Gender Mainstreaming Experts International“ und „FORUM Männer in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse“ Mitte November die Umsetzung von Gender Mainstreaming als „Voraussetzung für die Verbesserung und Qualitätssicherung von Leistungen der öffentlichen Verwaltungen für die Bürgerinnen und Bürger“ angemahnt. „Leider können wir zurzeit nicht erkennen, wie der Stellenwert von Gender Mainstreaming von Ihnen und Ihrem Ministerium eingeschätzt wird und wir fragen uns, ob die Einstellung des Newsletters Gender Mainstreaming gar als Signal dafür zu werten ist, dass die Bundesregierung der Strategie des Gender Mainstreaming in Zukunft keine wesentliche Bedeutung mehr beimisst“, so der Brief.

Die Unterzeichner erwarten seit längerem, „dass der so gut begonnene Gender Mainstreaming-Prozess weiter geführt und auf allen politischen Ebenen verankert wird“. Vor dem Hintergrund aktueller Medienberichterstattung, die Gender Mainstreaming bewusst diskreditiere, sei es umso wichtiger, dass die Bundesregierung diesen Prozess engagiert fortsetze. Die beiden Netzwerke sehen GM als Schlüsselstrategie, um Artikel 3 Abs. 2 Grundgesetz umzusetzen und so die Gleichstellung der Geschlechter in allen gesellschaftlichen Bereichen zu verwirklichen.

„In der Praxis von Kommunen und Landesverwaltungen, Kirchen, Gewerkschaften, Verbänden (z.B. Jugendarbeit oder Sport) etc. wird die Gender Mainstreaming-Strategie in ihrer Bedeutung für Geschlechtergerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit zunehmend er-

kannt. Auch Unternehmen der Privatwirtschaft sind auf dem Wege, Gleichstellung der Geschlechter systematisch in ihre Personal- und Geschäftspolitik zu integrieren. Dabei findet der international gebräuchliche Begriff Gender Mainstreaming, für den es keine adäquate deutsche Übersetzung gibt, in vielen Praxisfeldern zunehmend Akzeptanz“, heißt es. „Um die Dynamik dieser Prozesse nicht zu gefährden, brauchen wir Signale von der Spitze der deutschen Bundesregierung, die die Verbindlichkeit von Gender Mainstreaming betont und glaubwürdig vertritt.“ Ein Nachlassen in den Aktivitäten sei zudem „weitestgehend kostspieliger als eine vorausschauende geschlechterpolitische Folgeabschätzung und die Integration der Geschlechterperspektive in die Planungsprozesse“. Auch im internationalen Vergleich habe Deutschland noch erheblichen Nachholbedarf.

Gender-Fragen in der Forschung

♦ Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert Forschungsvorhaben zur Karriere von Frauen. Die Vorhaben sollen umfassend Faktoren untersuchen, die einer chancengerechten Karriereentwicklung entgegenstehen. Ziel ist es, Grundlagen für neue Handlungsansätze zur Förderung der Chancengerechtigkeit und zur Integration von Gender-Fragen in die unterschiedlichen Bereiche der Forschung zu entwickeln. Vorhabensskizzen müssen bis spätestens 1. Juni 2007 vorgelegt werden.

Auskünfte zu Fragen der Projektförderung können bei Dr. Sabine Gieske, Telefon: 0228/38 21-309 eingeholt werden.

Weniger Auszubildende – mehr Absolventinnen

♦ Im vergangenen Jahr waren 44 Prozent der westdeutschen und 40 Prozent der ostdeutschen Auszubildenden in den Betrieben weiblich – so das Betriebspanel des Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Allerdings schließen Frauen die betriebliche Ausbildung häufiger ab als Männer. In Westdeutschland stellen sie fast die Hälfte der Absolventen, in Ostdeutschland sind es 43 Prozent.

Weitere Ergebnisse: Frauen werden dort ausgebildet, wo auch viele Frauen beschäftigt sind, also insbesondere in den Dienstleistungs- und Serviceberufen sowie in der Verwaltung und überall dort, wo Aufstiegs- und Verdienstmöglichkeiten eher gering sind. Im verarbeitenden Gewerbe und im IT-Bereich sind Frauen dafür stark unterrepräsentiert. Weibliche Auszubildende sind überproportional in kleinen Betrieben unter zehn

Beschäftigten zu finden. Der Grund: Die von Frauen stark besetzten Dienstleistungsberufe sind eher in kleineren, die technischen Berufe vielfach in mittleren und Großunternehmen zu finden. Für die Übernahme in eine Festanstellung haben Frauen und Männer die gleichen Chancen: Im Osten werden nur 46 Prozent, im Westen dagegen 56 Prozent aller Auszubildenden übernommen.

Bei den schulischen Ausbildungen stellen Frauen die Mehrheit: Berufsfachschulen und andere Formen sind im IAB-Betriebspanel allerdings nur zum Teil erfasst. Dessen Bildungsgesamtrechnung belegt aber, dass fast jede vierte Berufsausbildung eine schulische ist. Da Frauen bei den schulischen Ausbildungen mit annähernd 60 Prozent vertreten sind, liegt ihr Anteil in der Gesamtbetrachtung der Auszubildenden bei knapp unter 50 Prozent.

**Durchwahl zum LFR
030/7857010**



Antidiskriminierungsstelle eingerichtet

♦ Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat mit Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) die Antidiskriminierungsstelle des Bundes eingerichtet. Information, Beratung und Unterstützung von diskriminierten Menschen sowie die Vermittlung ortsnaher Unterstützungsangebote gehören zu den Aufgaben der Antidiskriminierungsstelle.

Ziel des AGG ist es, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen. Es setzt vier EU-Antidiskriminierungsrichtlinien um und ist am 18. August 2006 in Kraft getreten. Die Antidiskriminierungsstelle soll Anlaufstelle für alle Menschen sein, die sich wegen der im AGG genannten Gründe benachteiligt fühlen. Sie ist verpflichtet, regelmäßig dem Deutschen Bundestag zu berichten und dabei Empfehlungen

zur Beseitigung und Vermeidung von Benachteiligungen auszusprechen. Sie arbeitet mit Beauftragten der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages zusammen, deren Zuständigkeit berührt ist wie zum Beispiel den Integrations- und Behindertenbeauftragten. Auch die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen sowie Einrichtungen, die auf europäischer, Bundes-, Landes- oder regionaler Ebene zum Schutz vor Benachteiligungen tätig sind, ist verpflichtend. Die Antidiskriminierungsstelle wird durch einen zu gleichen Teilen mit Frauen und Männern besetzten Beirat unterstützt. Alle Bundesbehörden sind der Stelle gegenüber auskunftspflichtig.

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat ihr Domizil in der Alexanderstraße 3 in 10178 Berlin und ist postalisch unter 11018 Berlin, telefonisch unter 03018/555-18 65, per Fax unter -418 65 sowie per Mail an ads@bmfsfj.bund.de zu erreichen.

(sbr)

Frauenbeauftragte wollen in Beirat

♦ Politische Maßnahmen müssen sich stärker an der Geschlechtergerechtigkeit orientieren. So eine Forderung der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros (BAG) bei ihrer 18. Bundeskonferenz. Sie warnten vor dem weiteren Abbau frauenpolitischer Netzwerkstrukturen auf kommunaler Ebene. Die BAG will ferner in den Beirat der Antidiskriminierungsstelle des Bundes aufgenommen werden, die in Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) vor kurzem ihre Arbeit aufgenommen hat. Ein 16-köpfiger Beirat soll den Dialog dieser Stelle mit den gesellschaftlichen Gruppen sicherstellen. Die BAG, die 1.800 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte vertritt, will auch an den be-

trieblichen Beschwerdestellen beteiligt werden, die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber einrichten müssen. Die BAG plädiert dafür, auf kommunaler Ebene Beschwerdekommissionen einzurichten, an denen dann ebenfalls die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten beteiligt sind.

Ein weiterer Schwerpunkt der Konferenz in Köln lag bei der aktuellen Situation der Frauenbüros, denn die BAG sieht die kommunalen Frauenstrukturen ernsthaft in Gefahr. Deshalb dringt die Bundesarbeitsgemeinschaft darauf, „auf der Ebene der Länder und Kommunen die hauptamtliche Bestellung von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten als bundesweiten Standard zu installieren.“

(sbr)

Weniger Zustimmung zur Rollenverteilung

♦ Immer mehr Menschen in Ost und West lehnen die traditionelle Rollenverteilung zwischen Frauen und Männern ab. Das geht aus dem Datenreport 2006 des Statistischen Bundesamtes hervor. Danach stimmten nur noch 17 Prozent der Ostdeutschen der Aussage zu, dass es für alle Beteiligten viel besser sei, wenn der Mann voll im Berufsleben steht, während die Frau zu Hause bleibt und sich um Haushalt und Kinder kümmert. Im Westen sprachen sich dagegen noch 40 Prozent für das traditionelle Rollenmodell aus. Zum Vergleich: 1991 waren noch 33 Prozent der Befragten im Osten und 50 Prozent der Befragten im Westen der Ansicht, dass Frauen nicht ins Berufsleben, sondern an den heimischen Herd gehören. 1982 vertraten noch über 70 Prozent der Westdeutschen diese Meinung.

Auffallend sind die geringen Meinungsunterschiede zwischen den Frauen und Männern, während es einen Zusammenhang zwischen Lebensalter und Rollenverständnis gibt: Von den 18- bis 30jährigen Westdeutschen sind 22 Prozent und zehn Prozent der Altersgenossen im Osten für eine traditionelle Rollenverteilung, bei den über 65-jährigen sind es 71 Prozent im Westen und 29 Prozent im Osten. Das Verständnis für die Berufstätigkeit von Müttern ist vor allem in Ostdeutschland seit 1991 gewachsen. Ob ein Kleinkind darunter leidet, wenn seine Mutter berufstätig ist, bejahten 29 Prozent der Ostdeutschen und 63 Prozent der Westdeutschen. 42 Prozent haben grundsätzlich Bedenken gegenüber berufstätigen Müttern – 1991 waren es noch 71 Prozent gewesen. Allerdings sind nach wie vor 70 Prozent der westdeutschen Männer der Meinung, die Berufstätigkeit der Mutter schade einem Kleinkind – 1991 waren es ganze neun Prozentpunkte mehr.

Mehr Gender bei der Gesundheitsreform wagen

von Mechthild Rawert, MdB

♦ Vier Tage oder 26 Stunden lang hat der Gesundheitsausschuss im November die insgesamt 121 Verbände und 40 Einzelsachverständigen zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-WSG) angehört. Hier haben Interessenvertretungen die geplante Gesundheitsreform aus ihrer jeweiligen Sicht kommentiert. Aus Frauensicht bewertet hat den Entwurf allerdings einzig der Deutsche Frauenrat, die Frauenlobby in Deutschland, und Nachbesserungsbedarf für eine geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung angemeldet.

Auch ich bin der Auffassung, dass der Entwurf dem Prinzip des Gender Mainstreaming und damit der Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern und der Beseitigung geschlechtsbedingter Ungleichheiten noch nicht hinreichend gerecht wird. In meiner Funktion als Berichterstatterin für „Frauen und Gesundheit“ der SPD-Bundestagsfraktion habe ich daher entsprechende Änderungsanträge eingebracht.

Die Bundesregierung hat die Strategie des Gender Mainstreaming bereits 2001 zum Leitprinzip ihres politischen Handelns erklärt. Folgerichtig sollte auch ein reformiertes Gesundheitswesen gegendert sein. Der letzte Satz des GKV-WSG, das „Gesetz hat keine gleichstellungspolitische Relevanz“, läuft der nachgewiesenen Notwendigkeit einer geschlechtergerechten Gesundheitspolitik zuwider. Neben dem ganz alltäglichen Geschehen in Praxen und Kliniken hat dies auch der Frauengesundheitsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2001 eindrucksvoll belegt. Deutlich herausgehoben wurde, dass sich die unterschiedlichen Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen und Männern auch unterschiedlich auf deren

Gesundheit und Krankheit, gleichzeitig aber auch auf deren Gesundheitsversorgung auswirken. Die Zeit ist längst überfällig, diesen Erkenntnissen auch Taten folgen zu lassen. Eine Verknüpfung des Gender Mainstreaming mit der Reform des Gesundheitswesens dient in jedem Fall einer nachhaltigen Verbesserung der Gesundheitsversorgung vor allem von Frauen. Eine Verbesserung der PatientInnen- und Zielgruppenorientierung würde darüber hinaus für einen effizienteren Einsatz der im Gesundheitswesen vorhandenen Finanzmittel sorgen und die Fehl-, Unter- und Überversorgung - ein Phänomen, von dem Frauen in weit stärkerem Maße als Männer betroffen sind - deutlich minimieren. Zweifellos leben Frauen und Männer in verschiedenen Arbeitswelten. Nach wie vor sind Frauen mehrheitlich verantwortlich für die Haus- und Erziehungsarbeit, Männer überwiegend für die Erwerbsarbeit. Dass der Prävention künftig ein größeres Gewicht beigemessen werden soll, ist zu begrüßen. Dass jedoch die Prävention arbeitsbedingter Gesundheitsgefahren allein auf die Erwerbsarbeit beschränkt bleiben soll, halte ich für zu kurz gegriffen. Hier bedarf es einer Klarstellung insofern, als der Begriff „Arbeit“ nicht nur verstanden werden darf als Erwerbsarbeit, sondern auch die Arbeit in Familie und Haushalt einschließen muss. Selbstverständlich sind Tätigkeiten wie die Haushaltsführung, die Erziehung von Kindern, die Pflege von Angehörigen „Arbeit“ im Wortsinn - Aufgaben, die sowohl körperlich als auch seelisch stark belastend sein können. Die Krankenkassen müssen deshalb auch für diese Tätigkeiten gezielte Angebote zur „Verhütung arbeitsbedingter Gesundheitsgefahren“ bereitstellen, so dass letztlich unabhängig von den jeweiligen Arbeitswelten alle

Versicherten einen gleichwertigen Anspruch auf präventive Maßnahmen erhalten.

Ebenso entscheidend für die Gesundheit(-sversorgung) sind kulturspezifische Faktoren sowie der soziale Status. Wir benötigen unbedingt eine kulturelle Öffnung aller Bereiche des Gesundheitswesens, denn Deutschland ist zweifellos ein Einwanderungsland. Es ist längst kein Geheimnis mehr, dass die Gesundheit sozial benachteiligter Gruppen schlechter und deren Lebenserwartung deutlich kürzer ist. Das darf so nicht bleiben. Es besteht daher die Notwendigkeit, im gesamten Gesundheitssystem die geschlechts-, alters-, lebenslagen- und kulturspezifischen Unterschiede zu berücksichtigen. Weiterhin gilt auch für die „Frauendomäne“ Gesundheitswesen, dass deutliche Anstrengungen zur gleichberechtigten Teilhabe beider Geschlechter an allen Entscheidungsprozessen auf allen Entscheidungsebenen notwendig sind.

Die geplante Reform des Gesundheitswesens mit ihren zahlreichen strukturellen Erneuerungen muss als große Chance für eine geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung begriffen werden - zum einen aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit, zum anderen aber auch aus ökonomischer Sicht. Eine solide Finanzierung des Gesundheitswesens wird auf lange Sicht nicht ohne Kehrtwende in der Gesundheitsversorgung auskommen: Eine differenzierte Betrachtung der unnötigen Unter-, Fehl- und Überversorgung ist unabdingbar, um die daraus resultierenden Folgekosten in Zukunft zu vermeiden.

Die Autorin ist SPD-Bundestagsabgeordnete aus Tempelhof-Schöneberg und Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, sie ist AsF-Landesvorsitzende und Beisitzerin im LFR-Vorstand.



Gesundheit hat ein Geschlecht

DF-Stellungnahme zur Gesundheitsreform

♦ Bei der Sachverständigen-Anhörung zur Gesundheitsreform im Bundestag hat der Deutsche Frauenrat (DF) kritisch Stellung bezogen. Der Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs in der Gesetzlichen Krankenkasse (GKV-WSG) berücksichtige trotz wiederholter Hinweise und Ermahnungen weder geschlechts- noch alters- oder lebenslagenspezifische Unterschiede und Bedürfnisse in der Gesundheitsversorgung, so die grundsätzliche Kritik. Dabei hätten sowohl die medizinische Forschung als auch die Praxis inzwischen ausreichend Erkenntnisse und Erfahrungen darüber gesammelt, wie sich Geschlecht, Alter und soziale Lage je unterschiedlich auf den Gesundheitszustand und auf Krankheitsverläufe auswirken. Da dieses Wissen aber bislang in der medizinischen Versorgung kaum durchgesetzt werde, müssten entsprechende Vorschriften im Gesetz verankert werden, so die DF-Forderung.

Solidarische Finanzierung

Eine zielgruppengenaue Gesundheitsversorgung müsse nicht zwangsläufig die Leistungen ausweiten und die Kosten in die Höhe treiben. Vielmehr könnten durch einen wirksameren und differenzierteren Einsatz von Mitteln und Maßnahmen, Unter- Über- und Fehlversorgungen vermieden werden, die häufig zu erhöhten Folgekosten führten.

Der DF hält grundsätzlich an einer solidarischen Finanzierung der GKV fest. „Er bedauert es daher außerordentlich, dass ein nach Geschlecht differenzierender Blick in dem gesamten Entwurf nur im Zusammenhang mit dem Morbiditätsrisiko erfolgt“, heißt es in der Stellungnahme. „Er lehnt es außerdem strikt ab, dass kostengünstigere Prämien für Männer,

wie bei privaten Krankenversicherungen üblich, auch Eingang in die GKV finden.“

Der DF lehnt es ebenso entschieden ab, Patientinnen und Patienten, die nicht an Früherkennungsmaßnahmen teilnehmen und/oder verordnete Therapien verweigern, mit höheren Kosten zu bestrafen. „Dies umso mehr als Vorsorgeuntersuchungen – wie zum Beispiel das Mammographiescreening – umstritten und die Auswirkungen vieler Medikamente auf den Organismus von Frauen noch unerforscht sind“, betont der DF. Grundsätzlich bedeuteten solche Regelungen die Abkehr vom Prinzip der mündigen Patientin/des mündigen Patienten sowie den Prinzipien des informed- oder des shared decision making. Sie stellten einen „Rückschritt in das paternalistische Rollenverständnis dar, nach dem ein Arzt/eine Ärztin in Fragen der Gesundheit und der entsprechenden Versorgung als allein entscheidungsfähig gilt“, so die Stellungnahme. Der DF hält darüber hinaus ganz grundsätzlich ein Recht auf Nichtwissen für unabdingbar.

„Gesundheit hat ein Geschlecht! Das hat die Praxis und inzwischen auch die Forschung mehr als nachgewiesen. So steht es auch im Frauengesundheitsbericht des Bundesfrauenministeriums. Um so erschrockener und empörter sind wir, dass dieser Gesetzentwurf sich darüber weitgehend hinwegsetzt,“ erklärte die DF-Vorsitzende Brunhilde Raiser.

Rechtliche Regelung

Der DF ruft Krankenkassen, Interessenvertretungen von ÄrztInnen, PatientInnen und VerbraucherInnen und andere im gesundheitspolitischen Bereich aktive Organisationen auf, die Forderung nach einer geschlechtergerechten rechtlichen Regelung der Gesundheitsversorgung aufzugreifen und mitzutragen. (sbr)

Die ausführliche Stellungnahme zu den Themen Finanzierung, Organisation, Versicherungsrecht, Leistungsrecht und medizinische Versorgung ist auf der Website des DF www.frauenrat.de zu finden.

Infos zur Gesundheitsreform

Mit der Gesundheitsreform 2006 wird das deutsche Gesundheitswesen umgestaltet in den Strukturen, in der Organisation, in den Finanzen und auch im Bereich der privaten Krankenversicherung. Alle Maßnahmen haben zum Ziel, die Qualität der Versorgung zu verbessern, Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten der Versicherten zu erhöhen und insgesamt durch mehr Wirtschaftlichkeit, höhere Transparenz, stärkeren Wettbewerb und systematischen Bürokratieabbau die finanzielle Stabilität der gesundheitlichen Versorgung zu sichern. So sollen zum 1. April 2007 unter

anderem alle Einwohner ohne Absicherung im Krankheitsfall, die keinen anderweitigen Anspruch haben und zuletzt gesetzlich krankenversichert waren, in die Versicherungspflicht einbezogen werden. Ebenso soll Patienten mit bestimmten schweren oder seltenen Krankheiten der Zugang zur ambulanten Behandlung am Krankenhaus erleichtert werden. Versicherte in der gesetzlichen Krankenversicherung haben künftig Anspruch auf eine spezialisierte ambulante Palliativversorgung. Mehr Informationen sind auf der Website www.diegesundheitsreform.de zu finden.

Hoffnung durch Impfstoff gegen Gebärmutterhalskrebs

Gardasil schützt Frauen vor vier Virustypen

♦ Trotz aller Bemühungen ist Gebärmutterhalskrebs in Europa nach dem Brustkrebs die zweithäufigste krebisbedingte Todesursache junger Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren. Jedes Jahr wird bei rund 33.500 Frauen Gebärmutterhalskrebs diagnostiziert, 15.000 sterben an dieser Erkrankung - das sind 40 Frauen täglich oder fast zwei pro Stunde.

Jetzt gibt der neue Impfstoff Gardasil Hoffnung. Er kann den Krebs nicht heilen, aber er kann die Erkrankung an verschiedenen Typen von Gebärmutterhalskrebs verhindern helfen, wenn die junge Frau damit vor dem ersten Geschlechtsverkehr geimpft wird. Im Herbst hat der Impfstoff die europäische Zulassung erhalten, der vor Gebärmutterhalskrebs und weiteren Erkrankungen schützt, die durch humane Papillomviren (HPV) verursacht werden. Der Wirkstoff Gardasil richtet sich gegen die vier Virustypen 6, 11, 16 und 18, die zusammen den größten Teil der genitalen HPV-Erkrankungen ausmachen.

Großartige Nachricht

Bei hunderttausenden Frauen werden Jahr für Jahr zervikale, vulväre oder vaginale Präkanzerosen diagnostiziert, Genitalwarzen stellen ein wachsendes Problem dar. In klinischen Studien, an denen mehr als 25.000 Frauen beteiligt waren, schützte Gardasil mit einer Wirksamkeit von bis zu 100 Prozent vor Gebärmutterhalskrebs, Genitalwarzen und den weiteren Erkrankungen. Die Studien wiesen eine hohe und beständige Wirksamkeit auf und zeigen, dass die Impfung auch gegen eine Infektion mit den HPV-Typen 31 und 45 schützen könnte. „Die Verfügbarkeit von Gardasil ist eine großartige Nachricht. Zur rechten Zeit, denn eine Impfung gegen humane Papillomviren kann viele Frauen vor einem Tod durch Gebärmutter-

halskrebs retten“, kommentiert Prof. Margaret Stanley von der britischen Universität in Cambridge die Zulassung des Impfstoffes. „Aber auch schon vorher lässt sich ein beachtlicher Teil der präkanzerösen und potenziell präkanzerösen zervikalen Läsionen damit verhindern. Denken Sie einfach an die vielen Frauen, die keine auffälligen Ergebnisse bei der Vorsorgeuntersuchung mehr erhalten werden und die sich keiner engmaschigen ärztlichen Überwachung oder operativen Entfernung dieser Läsionen mehr unterziehen müssen“, erläutert die Medizinerin. Der baldige Nutzen werde durch die Prävention des größten Teils der Genitalwarzen vervollständigt, die eine furchtbare Belastung für die Patientinnen darstellten.

OP als Schutz vor Krebs

Das humane Papillomvirus ist weit verbreitet. Schätzungsweise 70 Prozent der sexuell aktiven Menschen kommen im Laufe ihres Lebens, häufig aber schon als Jugendliche oder junge Erwachsene mit dem Virus in Kontakt. Experten nehmen an, dass in Europa bei den HPV-bedingten Erkrankungen insgesamt 75 Prozent aller Fälle von Gebärmutterhalskrebs, 95 Prozent der Vulva- und Vaginalkarzinome, 90 Prozent der Genitalwarzen und bis zu 80 Prozent der übrigen Erkrankungen durch die Virustypen 6, 11, 16 und 18 verursacht werden.

Als Vorstufe des Gebärmutterhalskrebisses kann es zu Läsionen niedrigen Grades kommen, die zu auffälligen Ergebnissen in der Krebsvorsorgeuntersuchung führen können und eine ärztliche Überwachung erfordern, bis sie sich entweder zurückbilden oder zu präkanzerösen Läsionen höheren Grades wachsen. Ist solch eine Krebsvorstufe erreicht, muss operiert werden, um den möglicher-

weise entstehenden Gebärmutterhalskrebs zu verhindern. Schätzungen zufolge werden in Europa jedes Jahr 554.000 neue Fälle HPV-bedingter Läsionen niedrigen Grades und 163.000 der Läsionen höheren Grades diagnostiziert. Die psychischen Belastungen durch solch eine Diagnose sind enorm: Frauen sind durch die Vorsorgeuntersuchungen beunruhigt, empfinden diese als unangenehm oder schmerzhaft, das Warten auf die Ergebnisse versetzt sie in Unruhe, und auffällige Ergebnisse oder gar die Wiederholung der Untersuchung bis zu einer klaren Diagnose vergrößern die emotionale Belastung. Wenn ein chirurgischer Eingriff zur Entfernung der Läsionen oder der Genitalwarzen als präventive Maßnahme gegen ein mögliches Karzinom nötig ist, hat das für die betroffene Frau oftmals bedeutende Auswirkungen - die Situation löst Angst aus und kann zu Problemen in den persönlichen Beziehungen führen.

Prävention für junge Frauen

„Die Tatsache, dass es lediglich neun Monate gedauert hat, bis Gardasil die Marktzulassung erhalten hat, ist für uns der Beweis für die Bedeutung dieses Impfstoffes für die Frauengesundheit“, betont Didier Hoch, Präsident des Herstellers Sanofi Pasteur MSD. „Bestärkt durch die positiven Rückmeldungen, welche wir von den Fachleuten erhalten haben, werden wir jetzt alles in unserer Kraft stehende tun, damit wir Gardasil sobald wie möglich überall in Europa verfügbar machen können“, so Hoch weiter. Der Impfstoff ist für die Immunisierung von Kindern und Jugendlichen im Alter von neun bis 15 Jahren sowie von Frauen zwischen 16 und 26 Jahren zugelassen. Frauen über diesem Alter kann er keinen sicheren Schutz vor dem Krebs bieten.

Akzente für die Gleichstellungspolitik?

Jahr der Chancengleichheit und deutsche EU-Ratspräsidentschaft

♦ Das EU-Parlament hat das Jahr 2007 als „Jahr der Chancengleichheit für alle“ ausgerufen – am 1. Januar übernimmt Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft für die nächsten sechs Monate. Zwei Ereignisse, die hoffnungsfroh stimmen könnten, wenn die erste deutsche Bundeskanzlerin sich der Gleichstellungspolitik annehmen würde. Doch bislang ist das Politikfeld für die CDU-Kanzlerin Angela Merkel nebensächlich. „Frauenpolitisch übertrifft die Große Koalition sogar Schröders Ignoranz. Die Kanzlerin zeigt keinerlei Interesse an der Lage ihrer Geschlechtsgenossinnen“, bringt es Corinna Emundts unter der Überschrift „Nur Gedöns“ in „Die Zeit“ auf den Punkt.

Tatsächlich baten die Europäische Frauenlobby (EWL) und der Deutsche Frauenrat (DF) die Kanzlerin bislang vergeblich um ein Gespräch, um Eckpunkte für die Gleichstellungspolitik während der

deutschen EU-Ratspräsidentschaft zu besprechen. Sowohl der österreichische Bundeskanzler als auch die finnische Staatspräsidentin, ihre Vorgänger, empfingen während ihrer EU-Ratspräsidentschaft selbstverständlich auch die größte europäische Frauenlobby. Wenn ab Januar die deutsche Regierung das Steuer in der EU übernimmt, werde der Motor Europa für die deutsche Gleichstellungspolitik wohl erst einmal ausfallen, meinen Frauenpolitikerinnen aus dem EU-Parlament und die internationale Frauenlobby.

Am 5. November 2006 hat die Bundesregierung in einer Sondersitzung die Schwerpunkte für die Präsidentschaft beschlossen. Danach will die Bundeskanzlerin vor allem den europäischen Verfassungsprozess fortsetzen, sich für eine europäische Energiepolitik einsetzen und die Terrorismusbekämpfung forcieren. Den Auftakt zum Jahr der Chancengleichheit

werden wohl andere übernehmen. In Sachen Gleichstellungspolitik hat Deutschland auf europäischem Parkett bisher wenig glänzt: So blockiert die Bundesrepublik die für 2007 geplante Einrichtung des europäischen Gender-Instituts, das als Kompetenzzentrum für Gleichstellungsfragen geplant ist. Zum Zankapfel geriet der Vorschlag der EU-Kommission, das so genannte Management Board rotierend zu besetzen. Der Grund: Das Institut mit 13 MitarbeiterInnen müsse dann nicht von 27 Ländervertretern beaufsichtigt werden. Doch die Bundesregierung ist gegen diesen Vorschlag.

Weitere Negativbeispiele: Zur UN-Frauenkonferenz in Tokio verlas Kanzlerin Merkel eine Videobotschaft. Die Umsetzung von EU-Richtlinien, wie der Antidiskriminierungsrichtlinie oder den Unisex-Tarifen bei Versicherungen, ist

Fortsetzung auf Seite 14

DF schreibt an Angela Merkel

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

die im Deutschen Frauenrat zusammengeschlossenen 55 Vereine und Verbände fordern mit allem Nachdruck, dass die deutsche EU-Ratspräsidentschaft:

- Sorge dafür trägt, dass in der wieder aktivierten Debatte über einen Verfassungsvertrag für Europa die Gleichheit und Gleichstellung von Frauen und Männern, wie sie in den Eingangsartikeln des Verfassungsvertragsentwurfs fest geschrieben sind, unantastbar sind;

- der beruflichen Entwicklung aller jungen Frauen in Europa besondere Aufmerksamkeit widmet. Zwar wird häufig hervorgehoben, dass wir heute die am besten ausgebildete Frauengeneration ha-

ben, aber auf die beruflichen Chancen hat sich diese Tatsache bisher kaum ausgewirkt. Es bedarf weitaus größerer Anstrengungen, damit sich das Bildungspotential junger Frauen entfalten kann und ihren Aufstieg in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik begründet; - aktiv wird, damit zum 50jährigen Jubiläum der Römischen Verträge im März 2007 endlich das allererste frauenpolitische Versprechen – nämlich die Lohngleichheit – eingelöst wird. Deutschland steht im europäischen Vergleich beschämend schlecht da und muss dringend die Ursachen für den hohen Frauenanteil bei Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung ebenso beseitigen wie die diskriminierende Unterbewertung typischer Frauenberufe;

- bei allen Maßnahmen der Integrationspolitik geschlechtsspezifische Unterschiede grundsätzlich beachtet, d. h. die Interessen und Probleme von Frauen und Mädchen, Männern und Jungen spezifische Berücksichtigung finden. Eine konstruktive Integrationspolitik schließt auch die Förderung einer stärkeren positiven Haltung der Gesellschaft gegenüber ZuwandererInnen ein.

Der Deutsche Frauenrat wird zum Abschluss der deutschen Ratspräsidentschaft die Bundesregierung nach Maßnahmen und Initiativen in diesen für alle europäischen Bürgerinnen so wichtigen Problemfeldern fragen.

Mit freundlichen Grüßen
Brunhilde Raiser
Vorsitzende

Daten zu Familien in der EU

- Das Statistikamt der Europäischen Gemeinschaften Eurostat hat kürzlich neue Daten über Familien in der EU veröffentlicht. Danach waren im vergangenen Jahr 67 Prozent aller Haushalte kinderlos. Allein in Deutschland lag der Anteil kinderloser Haushalte bei 75 Prozent. Die höchste Alleinerziehendenrate hat Großbritannien (24 %), gefolgt von Belgien (18 %), Estland (17 %) sowie Dänemark und Deutschland (jeweils 16 %). Im Jahr 2004 wurden in Europa knapp 4,8 Millionen Kinder geboren, was einer Ziffer von 10,5 Lebendgeburten je 1000 Einwohnern entspricht. Die höchste Geburtenrate hatte Irland (15,2 %), gefolgt von Frankreich (12,7 %) und Dänemark, Luxemburg und Großbritannien (jeweils 12 %). Am wenigsten Geburten hatten Deutschland (8,6 %), Lettland (8,8 %) und Litauen (8,9 %).

Die Statistik ist unter www.europa.eu.int zu finden.

Gleichstellung zählt sich aus

- Nur 18 Prozent der Industrieforscher sind Frauen, und ihre Karrierechancen sind minimal. Die Initiative Women in Industrial Research (WIR) bemüht sich seit 2001, dieses Ungleichgewicht zu korrigieren, damit sich die europäische Industrie auf einen stärker auf das Gleichstellungsprinzip ausgerichteten Ansatz stützen kann. Im Juli 2006 wurde der WiST-Bericht über Frauen in Wissenschaft und Technik (Women in Science and Technology) in Wien vorgestellt. Unternehmen, die sich konsequent um die Gleichstellung von Frau und Mann kümmern, verbessern häufig ihre wirtschaftliche Erfolgsbilanz, so das zentrale Ergebnis des Berichts.

Weitere Informationen zum WiST-Report sind unter www.ec.europa.eu im Internet zu finden.

Akzente für die Gleichstellungspolitik?

Fortsetzung von Seite 13

schleppend, während sie in anderen EU-Staaten ohne große Aufregung nationales Recht werden. Frauenministerin Ursula von der Leyen versteht sich zu allererst als Familienministerin, gleichstellungspolitische Impulse - Fehlanzeige. Als sich die EU-Gleichstellungs- und FrauenministerInnen im Herbst in Helsinki trafen, kam aus Deutschland nicht einmal der Staatssekretär. Von der Leyen wolle mit Portugal und Slowenien, die anschließend die Ratspräsidentschaft übernehmen, eine europäische „Allianz für Familie“ gründen, war zu hören.

Der von der EU beschlossene Fahrplan zur Gleichstellung zwischen Frauen und Männern wird von Frauenverbänden und -politikerinnen als kraftlos kritisiert. Umso wichtiger sei daher, wenn die Ratspräsidentschaft Druck auf die Kommission ausüben würde, so die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPE-Fraktion im EU-Parlament, die deutsche Lissy Gröner. „Frauenorganisationen haben vermutlich noch schlechtere Chancen als Tierschützer, eine Audienz bei der Kanzlerin zu bekommen“, stichelt Emundts. „Nach einem Jahr weiblicher Kanzlerschaft ist jedoch auch dem letzten Zweifler klar, dass deswegen noch lange keine Renaissance der Frauenpolitik zu erwarten ist.“

Vor diesem Hintergrund hat die Mitgliederversammlung des Deutschen Frauenrates Bundeskanzlerin Merkel aufgefordert, im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft dafür Sorge zu tragen, dass in der Debatte über einen Verfassungsvertrag für Europa die Gleichheit und Gleichstellung von Frauen und Männern, wie sie im Eingangsartikel des Verfassungsvertragsentwurfs fest geschrieben sind, unantastbar sind. Endlich müsse das Versprechen der Lohngleichheit umgesetzt werden, das bereits vor 50 Jahren bei der

Gründung der EWG in den Römischen Verträgen festgeschrieben wurde. Deutschland stehe im europäischen Vergleich „beschämend schlecht da“, die diskriminierende Unterbewertung typischer Frauenberufe müsse behoben werden (Wortlaut auf Seite 13).

Die EU-Kommission hat für das Europäische Jahr der Chancengleichheit vier Schwerpunktthemen festgesetzt: Die rechtliche Situation, gesellschaftliche Präsenz, Anerkennung und Respekt. Für das Jahr ist ein Budget in Höhe von 15 Millionen Euro veranschlagt. Damit sollen unter anderem eine EU-weite Informationskampagne und neue Eurobarometer-Umfragen zum Thema Diskriminierung finanziert werden. Außerdem sind hunderte Initiativen wie Aufsatzwettbewerbe für Schulen oder Preise für Unternehmen mit dem erfolgreichsten Diversitätstraining geplant. Ein Chancengleichheitstreffen mit Ministerien, Gleichbehandlungsstellen, Vertretern der Zivilgesellschaft und der Sozialpartner soll Premiere feiern.

Das Europäische Jahr will den Bürgerinnen und Bürgern ihre Rechte in Bezug auf Nichtdiskriminierung und Gleichbehandlung - Grundwerte der Union - besser bewusst machen. Im Laufe des Jahres soll auf breiter Front erörtert werden, warum Vielfalt für europäische Unternehmen eine Bereicherung darstellt. Die Aktionen werden sich auf Diskriminierungen konzentrieren, denen bestimmte Menschen aufgrund ihrer Rasse oder ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Religion oder ihrer Weltanschauung, ihres Alters, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Identität oder einer Behinderung ausgesetzt sind - Diskriminierungsgründe, gegen die auf europäischer Ebene vorgegangen werden kann. (sbr) **Mehr Infos zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle unter ec.europa.eu im Internet.**

Im Zeichen der Chancengleichheit

♦ „Macht Chancen gleich!“ lautet das Motto der 17. Brandenburgischen Frauenwoche vom 1. bis 11 März 2007, deren Auftakt am 1. März in Potsdam geplant ist. Anlässlich des „Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle“ sollen mit den Themen „Gleichbehandlung per Gesetz“, „Auswirkungen europäischer Politik auf Mädchen und Frauen“, „Eigenständige Existenzsicherung für Frauen“, „Familienpolitik kontra Frauenpolitik“ und „Lebensentwürfe und Lebenswege von Mädchen und Frauen“ sowie „Partizipation von Mädchen und Frauen“ Akzente gesetzt werden. Die Brandenburgische Frauenwoche wird seit 1991 jährlich rund um den Internationalen Frauentag am 8. März veranstaltet und schließt den Weltgebetstag der Frauen mit ein. Die Frauenwoche hat sich in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Instrument zur Sen-

sibilisierung und Kommunikation von frauen- und gleichstellungspolitischen Themen etabliert. Sie wird vom brandenburgischen Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie gefördert. Organisiert werden vielfältige Veranstaltungen wie Diskussionsforen, Fachkonferenzen, Workshops, Ausstellungen und interkulturelle Begegnungen von den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten und frauenpolitisch Aktiven in den Verbänden, Vereinen, Gewerkschaften, Parteien und Kirchen.

2001 hat der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg e.V. die landesweite Koordinierung der Frauenwoche übernommen. Die Mitgliederversammlung richtete hierzu den Beirat Brandenburgische Frauenwoche ein, dem zehn Vertreterinnen der Mitgliedsorganisationen sowie kooperierender Vereine angehören.

Geschäftsstelle für EU-Jahr

♦ Ziel der Europäischen Kommission im Europäischen Jahr der Chancengleichheit 2007 ist es, Diskriminierungen wirksam zu bekämpfen, die Vielfalt als positiven Wert zu vermitteln und Chancengleichheit für alle zu fördern. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat zur Umsetzung dieses Jahres eine nationale Geschäftsstelle eingerichtet. „Mit der Initiative leistet die Kommission einen Beitrag zu einer gerechten Gesellschaft“, heißt es dazu in einer entsprechenden Presseinformation.

Zentrale Themen

Vier zentrale Themen stehen laut Ministerium im Mittelpunkt des Europäischen Jahres: Unter „Rechte“ die Sensibilisierung für das Recht auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung, unter „Gesellschaftliche Präsenz“ die Anregung einer Debatte über Möglichkeiten, die Teilhabe bisher benachteiligter

Gruppen an der Gesellschaft zu stärken, unter „Anerkennung“ die Vielfalt würdigen und berücksichtigen sowie unter „Respekt und Toleranz“ den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern.

„Das Jahr der Chancengleichheit bietet auch die Chance, aus einer europäischen Perspektive heraus die Gleichstellung der Geschlechter in Deutschland neu in den Blickpunkt zu rücken“, so das Bundesministerium weiter. „Die Thematisierung der Gleichstellung und die mit diesem Jahr einhergehenden Aktivitäten lassen neue und innovative Impulse für diesen Politikbereich erwarten“, sind sich die politisch Verantwortlichen sicher.

Die Geschäftsstelle zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit ist unter Telefon: 030/240 89 -119, Fax: -133, per Email an christine.franzius@bag-wohlfahrt.de zu erreichen. Internet: www.bmfsfj.de

Gerechte Sprache

♦ Die „Bibel in gerechter Sprache“ liegt seit Anfang Oktober vor. Allerdings war die erste Auflage rasch vergriffen. Fünf Jahre lang haben evangelische und katholische Theologinnen und Theologen die Heilige Schrift neu übersetzt.

Mehrfach-Diskriminierung international anerkannt

♦ Erstmals in der Geschichte der Vereinten Nationen wird jetzt in einer Konvention festgeschrieben, dass Frauen mit Behinderung verschiedensten Formen von Ungleichbehandlungen ausgesetzt sind. Am 25. September einigten sich die UN-Mitgliedsstaaten in New York über die UN-Behindertenkonvention.

In Polen soll Abtreibung verboten werden

♦ In Polen gibt es zur Zeit Bestrebungen, Abtreibungen gänzlich durch eine Verfassungsänderung zu verbieten. Derzeit ist dort Abtreibung nur möglich, wenn die Schwangerschaft durch Vergewaltigung entstanden ist oder eine schwere Missbildung des Kindes vorliegt. Mehr Informationen auf der Website der polnischen Liga für Frauenrechte und Familienplanung unter www.federa.org.pl im Internet.

Wenig weibliche Parlamentarier

♦ Die Vereinten Nationen haben die weltweit schwache Vertretung von Frauen in den Parlamenten kritisiert. Derzeit seien nur rund 16 Prozent aller Abgeordneten in den Volksvertretungen weiblich. Deutschland belegt mit rund 32 Prozent weltweit den 16. Platz. Auf Platz eins liegt Ruanda, wo der UN zufolge rund 42 Prozent der Abgeordneten Frauen sind. Auf den Rängen zwei bis fünf folgen Schweden, Norwegen, Finnland und Dänemark.

15 Jahre Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt

♦ Am 10. Dezember 1991 gründeten 15 Frauen voll Optimismus und mit frauenpolitischem Gespür den Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e. V. - 15 Jahre ist das her. Grund genug für eine würdige Geburtstagsfeier am 16. November im Rahmen eines Parlamentarischen Abends im Landtag.

Aus den wenigen Gründerinnen von einst sind mittlerweile 34 überregional aktive Frauenorganisationen geworden, die von einem neunköpfigen ehrenamtlichen Vorstand, unterstützt von einer hauptamtlichen Geschäftsführerin, geführt werden. Die Geschäftsstelle hat ihr Domizil in Magdeburg, die Arbeit wird vom Land Sachsen-Anhalt institutionell gefördert.

Nicht zuletzt durch das Wegbrechen anderer Träger, bei steigendem Bedarf nach gleichstellungspolitischen Angeboten, seien die Ansprüche an Qualität und Quantität der Angebote des Landesfrauenrates über die Jahre kontinuierlich gewachsen, so die Vorsitzende Ute Fischer in ihrer Rück-

schau. Der Verband sei in zahlreichen landesweiten oder überörtlichen Gremien aktiv und biete durch Kooperationen mit Stiftungen, anderen Verbänden und Vereinigungen ein hochaktuelles Programm. Andererseits sehe sich der Landesfrauenrat heute wieder mit Themen konfrontiert, die schon in den Protokollen der Anfangsjahre zu finden sind. Dazu gehörten die Finanzierung von Frauenzentren und Frauenhäusern, die Hauptamtlichkeit der Gleichstellungsbeauftragten, das Berufswahlverhalten von Mädchen und die Frauenpräsenz in Gremien. „Durch gründliche Analyse und neue Politikansätze wie Gender Mainstreaming oder Diversity Management sind die Grundlagen und Möglichkeiten der gleichstellungspolitischen Arbeit in unserem Land gewachsen“, urteilt Fischer. „Frauen und Männer arbeiten zum Teil gemeinsam an gleichstellungspolitischen Zielen.“

Dank der unterschiedlichen Themensetzungen und Schwerpunkte

seiner Mitgliedsverbände könne sich der Landesfrauenrat zielgerichtet in die Zukunftsdiskussion des Bundeslandes „gegen Abwanderung und für Qualifizierung und ein familienfreundliches Umfeld mit fachlichen Beiträgen, eigenen Veranstaltungen und Projekten einbringen“.

Doch Ute Fischer sieht auch noch Reserven: „Die Mitgliederzahl kann noch erweitert, die Zielstellung von Veranstaltungen entsprechend den Bedürfnissen der Mitgliedsverbände spezifiziert werden.“ Frauen für politisches Engagement zu interessieren sei weiterhin ein wichtiges Feld ebenso wie sich für die chancengerechte Verteilung von Geldern insbesondere innerhalb der EU-Strukturfonds einzusetzen. „Hierfür wünsche ich mir auch für die nächsten 15 Jahre die Unterstützung des Landes und seiner Repräsentantinnen und weiterhin das aktive Mitwirken der VertreterInnen der Mitgliedsverbände und der Fördermitglieder des Landesfrauenrates“, so Ute Fischer.

Bildungskongress

♦ Unter dem Motto „Bildung neu bilden – Balancen finden“ findet der 14. Bundeskongress Frauen und Schule vom 19. bis 21. April 2007 in Potsdam statt. VeranstalterInnen sind die Initiative „Frauen für Bildung“, frauen + schule Berlin/Brandenburg e.V. und der Landesfrauenausschuss der GEW. Die Tagungsschwerpunkte sind Mädchen und Frauen im Schulalltag, Gender und Diversität, Soziales Lernen, Prävention, Von der Kindertagesstätte zur Grundschule, Vernetzung Schule - Jugendbereich, Ausbildung/Professionalisierung, Beispiele aus der Praxis, Gesundheits- und Zeitmanagement, Evaluation und Ganztagsangebote.

Weitere Infos sind unter www.frauen-und-schule.de zu finden.

Vorstandswahlen in Brandenburg

♦ Die Mitgliederversammlung des Frauenpolitischen Rats Land Brandenburg e.V. wählte am 21. Oktober 2006 Sabine Stüber (Linkspartei.PDS) zur ersten Sprecherin. Ulrike Häfner (Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen) wurde zur zweiten Sprecherin und Christine Beu (Verband Alleinerziehender Mütter und Väter e.V.) zur finanzverantwortlichen Sprecherin gewählt. Den neu gewählten Sprecherinnenrat der Wahlperiode 2006 bis 2008 des Frauenpolitischen Rats komplettieren Petra Meyer (Deutscher Gewerkschaftsbund, Bezirk Berlin-Brandenburg) und Sabina Scheuerer (Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten). Heidrun Höfler (Cometa e.V.) und Catrin Seeger

(Netzwerk der brandenburgischen Frauenhäuser e.V.) wurden als Rechnungsprüferinnen einstimmig bestätigt. Als 25. Mitgliedsorganisation nahm der Frauenpolitische Rat die Landeskongress der Gleichstellungsbeauftragten der brandenburgischen Hochschulen (LaKoF) auf.

Die Vorsitzende des LandesFrauenRates Berlin, Juliane von Friesen, gratulierte den Kolleginnen aus Brandenburg recht herzlich zu ihrer Wahl und wünschte viel Erfolg für die vor ihnen liegenden Aufgaben. In ihrem Schreiben regte sie ein gemeinsames Positionspapier zu aktuellen frauenpolitischen Fragen an. Bei einem Treffen mit dem vorigen Vorstand im Spätsommer in Potsdam hatten sich beide Dachverbände ausgetauscht.

Übersicht: DF-Mitgliederversammlung

♦ Entgeltgleichheit sei auch für das Bundesfrauenministerium zentral, versicherte Eva-Maria Welskop-Deffaa, Leiterin der Abteilung Frauen im BMFSFJ, als Gastrednerin vor der Mitgliederversammlung des Deutschen Frauenrates (DF) im Oktober. Die Arbeitgeber würden in den niedrigeren Einstiegsgehältern von Frauen das Risiko der Kinderpausen „einpreisen“. Welskop-Deffaa bestätigte, dass die Entgelt-Ungleichheit zunehme, je höher Qualifikation und zu besetzende Position sind. Der Forderung nach einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, die die DF-Mitgliederversammlung erneuerte, brachte Welskop-Deffaa wenig Sympathie entgegen. Die bisherigen Resultate des Bundesgleichstellungsgesetzes seien mager, so gäbe es zum Beispiel aktuell nur 15 Prozent Abteilungsleiterinnen und nicht eine beamtete Staatssekretärin, berichtete Welskop-Deffaa. Dies gäbe Anlass zu Skepsis gegenüber gesetzlichen Regelungen. „Vitale Veränderungen“ setz-

ten Freiwilligkeit voraus, betonte die Abteilungsleiterin.

Die Mitgliederversammlung sprach sich ebenso für einen gesetzlichen Mindestlohn aus. Vollzeitbeschäftigung müsse „grundsätzlich zu einem Einkommen führen, das nicht nur die ‚nackte Existenz‘ sichert, sondern auch die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben des jeweiligen Landes ermöglicht“, heißt es in dem Beschluss. Mit Blick auf die Gesundheitsreform forderte die Mitgliederversammlung die Bundesregierung erneut auf, den gebotenen Gender-Mainstreaming-Ansatz bei Gesetzesvorhaben und anderen Maßnahmen in der Gesundheitspolitik konsequent zu verfolgen. Als Nachtrag zur erfolgreichen DF-Kampagne „Abpiff - Schluss mit Zwangsprostitution“ anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 verlangt die Mitgliederversammlung von den politisch Verantwortlichen, den Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung mit mehr Nachdruck zu bekämpfen.

Vorstandswahl

Bestätigung für Raiser

Brunhilde Raiser bleibt DF-Vorsitzende. Die 53-jährige Germanistin und Theologin, Präsidiumsmitglied der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland, wurde mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt. Als Stellvertreterin wurde Brigitte Triems (Demokratischer Frauenbund) bestätigt, als weitere Stellvertreterin Claudia Menne, Leiterin der Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes, neu gewählt. Beisitzerinnen im neuen Vorstand sind: Marlies Brouwers (Katholischer Deutscher Frauenbund), Brigitte Faber (Weibernetz), Almuth Kollmorgen (Deutscher Juristinnenbund), Heike Leitner (Fachgruppe „Frauen in der Informatik“ der Gesellschaft für Informatik), Eva Schneider-Borgmann (Deutscher Frauenring), Gabriele Wrede (Deutscher Olympischer Sportbund).

Frauenförderung an Hochschulen

♦ Die Frauenförderung an Hochschulen muss als fester Bestandteil im Hochschulpakt 2020 verankert werden, forderte die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), die Bundestagsabgeordnete Elker Ferner. In der kürzlich vereinbarten Bund-Länder-Grundlinie fehle die Chancengleichheit als Kriterium des Bundes für die Vergabe von Fördermitteln, so Ferner. Das Auslaufen des Hochschul- und Wissenschaftsprogramms (HWP) auf Bundesebene, über das der größte Teil der in den Hochschulen laufenden Frauenförderprogramme finanziert wurde, werde für viele dieser sehr guten Ansätze das Aus bedeuten. Ferner: „Trotz Föderalismusreform ist es unab-

dingbar, die Förderung von Frauen an den bundesdeutschen Hochschulen aufrechtzuerhalten, wenn auch in anderer Form.“

In Folge der so genannten Hochschulfreiheitsgesetze für die Bundesländer müssten an jeder Hochschule Frauenförderung und Frauenförderprogramme neu erkämpft werden. „Offensichtlich ist es nach vielen Jahren noch immer nicht selbstverständlich, Frauenförderung im Haushalt vorzusehen, wohl wissend, dass die Erhöhung des Frauenanteils in Wissenschaft und Forschung noch längst nicht entsprechend umgesetzt ist und damit dem internationalen Standard nicht entspricht“, betont die ASF-Bundesvorsitzende, die auch stellvertretende SPD-Vorsitzende ist.

Frauengeschichte

♦ „Europäische Frauen im Dialog über Biografien, Erinnerung und Geschichte (EFID)“ ist ein Kursangebot des Ost-West-Europäischen Frauen Netzwerks e.V. in Kooperation mit Gender Studies Prag überschrieben, das vom 5. bis 10. Februar 2007 in Berlin oder vom 4. bis 9. Juni 2007 in Prag stattfinden soll. Die Teilnehmerinnen können mehr über lebensgeschichtliche Interviewmethoden erlernen, erproben und diskutieren. Der Kurs möchte ihre Neugierde wecken, sich gemeinsam auf die Suche zu begeben nach Geschichten, Sichtweisen und Weisheiten der Schwestern, Großmütter und Enkelinnen im Europa von gestern, heute und morgen.

Infos www.owen-frauennetzwerk.de, Telefon: 030/283 22 51

Fortbildung im Helene Weber-Haus

♦ Im Haus Helene Weber in Berlin-Charlottenburg tut sich was: Das Bildungsangebot für Frauen hat sich beträchtlich erweitert und ist anspruchsvoller geworden. Von Kursen wie „Kochen und Nähen für Frauen“ hin zum Jahrestraining in 2007 „Kompetent in die Öffentlichkeit“. Dieser Qualifikationskurs soll Frauen befähigen, sich mit all ihren Erfahrungen und Kenntnissen öffentlichkeitswirksam darzustellen - sei es im Beruf, in der Politik, in Institutionen oder als Selbstständige.

Antonia von Fürstenberg und Susanne Manstein, zwei erfahrene Trainerinnen, die selbst ein eigenes Unternehmen haben, konnten für die Konzeption und Durchführung einer weiteren Fortbildungsreihe gewonnen werden. Sie werden zu spezifischen Fragestellungen wie zum Beispiel „Wie erstelle ich einen Businessplan?“ oder „Wie vermarkte ich mich selbst?“ in Tagesseminaren referieren. Vorträge zu den jeweiligen Themen und Gelegenheit zum Netzwerken runden das neue Bildungsangebot für Frauen im Helene Weber-Haus ab.

Für die Zukunft sind Kurse und Seminare im Bereich Gesundheitsförderung, Work-Life-Balance und Burn-out Prophylaxe geplant. Dazu werden noch Angebote von Trainerinnen gesucht.

Auskünfte über die verschiedenen Angebote erteilt Christel Schoen vom Katholischen Deutschen Frauenbund (KDFB), Wundtstraße 40-44 in 14057 Berlin-Charlottenburg, Telefon: 030/321 50-22, Fax: 326 51 47, Email: geschaeftsstelle@kdfb-berlin.de. Mehr Infos auch unter www.kdfb-berlin.de im Internet.

Kontakt zum LFR
lfr-berlin@t-online.de

„TransFair-Löhne“ statt ALG II

♦ Seit Inkrafttreten der Ein-Euro-Job-Regelungen fordern die Ver.di-Frauen, dass Gelder, die so zu dauerhafter Finanzierung von Arbeitslosigkeit eingesetzt werden, umgewidmet werden, um versicherungspflichtige Arbeitsplätze einzurichten. Mit mehr Löhnen, Steuern und Sozialbeiträgen würden auch mehr und bessere Bildung, qualitativ hochwertige Pflege und eine bessere öffentliche Infrastruktur möglich. Kommunale und soziale Dienste könnten wieder bedarfsdeckend ausgebaut werden, so die Ver.di-Frauen. „Wer arbeitet, hat auch Anspruch auf gerechte und tarifliche Bezahlung und Arbeitsbedingungen. Wenigstens müssen ein (gesetzlicher) Mindestlohn und die Arbeitsgesetze eingehalten werden“, heißt es in ihrer Erklärung. „Auch bei niedrigem Verdienst muss die eigenständige soziale

Absicherung gewährleistet sein. Diese Mindestansprüche von Beschäftigten, die international anerkannt und eingefordert werden, müssen künftig auch in Deutschland eingehalten werden.“

Die ver.di-Frauen lehnen daher aktuelle Versionen der Kombilöhne und Ein Euro-Jobs ab. Damit sich Arbeit wieder „lohnt“, sei die subsidiäre gemeinsame Heranziehung von (Ehe-)Partnern, Kindern und Eltern durch eine individuelle Berechnung zu ersetzen. Sonst führe die gegenseitige Einstandspflicht in der Familie weiter zu mehr nominaler Arbeitslosigkeit. „Die öffentliche Investition in Arbeit muss künftig Vorrang vor der Finanzierung von Arbeitslosigkeit erhalten. Mit befristeten sozialversicherten Arbeitsplätzen können Qualifizierungs- und Zusatzangebote kombiniert werden“, führen die Ver.di-Frauen aus. (sbr)

Spielzeugsteuer – Nein, danke

♦ Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) hat bei seiner Bundesdelegiertenkonferenz vom 13. bis 15. Oktober 2006 in Bonn die Postkartenkampagne „Spielzeugsteuer – Nein danke!“ gestartet. Familien und insbesondere Einelternfamilien seien mit der Mehrwertsteuer hoch belastet, da sie fast ihr gesamtes Familieneinkommen für Verbrauchsgüter ausgeben müssten, so der VAMV. Produkte und Dienstleistungen für Kinder bildeten dabei einen erheblichen Posten. Durchschnittlich geben Familien für Ernährung, Kleidung, Bildung, Betreuung und Wohnen 550 Euro pro Kind aus, rechnet der Verband vor. Statt die Mehrwertsteuer zum Jahreswechsel zu erhöhen, müsste sie für Produkte und Dienstleistungen für Kinder gesenkt werden. Viele europäische Länder sind das Vorbild für diese Forderung: In Irland und Großbri-

tannien ist Kinderkleidung von der Mehrwertsteuer befreit. In Spanien, Luxemburg, den Niederlanden und Frankreich sind zum Beispiel Haarschnitte in der Mehrwertsteuer reduziert. Die Forderung des VAMV an die Bundesregierung ist klar: Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Produkte für Kinder!

Die Postkarten der Kampagne gibt es mit den vier Motiven „Spielzeugsteuer – Nein danke!“, „Windelsteuer – Nein danke!“, „Flötensteuer – Nein danke!“ und „Turnschuhsteuer – Nein danke!“ Die Karten sind an Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) und Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) adressiert.

Die Karten sind zum Beispiel beim VAMV-Landesverband Brandenburg erhältlich. Mehr Informationen sind unter www.vamv.de im Internet zu finden.

Qualität der Pflege oft besser als ihr Ruf

♦ Zum diesjährigen Thema „Qualitätsmessung mit Routinedaten“ des 5. PraxisForum PflegeQualität am 24. Novembe 2006 in Berlin zeigten Praktiker, wie sie die Pflege ihrer Patienten und Bewohner auswerten und messbar verbessern konnten. Die Mitarbeiter von Pflegeeinrichtungen und Kliniken stellten das beispielsweise am Umgang mit der Dekubitusentstehung und den Stürzen von Heimbewohnern dar. Annähernd 200 Interessierte waren der Einladung gefolgt, Veranstalter waren die ArbeitsGruppe PflegeQualität (AGPQ) im DBfK Landesverband Berlin-Brandenburg e.V. und die Alice-Salomon-Fachhochschule. Die AGPQ stellte aktuelle Ergebnisse zum Anteil von Personen mit Unterernährung in stationären Pflegeeinrichtungen vor, die An-

lass zu weiteren differenzierten Untersuchungen sein sollten. Diese Schlussfolgerung zog die Arbeitsgruppe nach ihrer bundesweiten Erhebung. Die Ernährungssituation von 5.187 Heimbewohnern wurde mit dem individuellen Body Mass Index (BMI) erfasst. Beteiligt hatten sich 57 stationäre Einrichtungen. Nach dieser Studie lag der höchste Anteil aller Bewohner im unauffälligen Bereich. Abweichungen hiervon dienen den Einrichtungen als Grundlage, rasch Veränderungen erkennen und individuelle pflegerische Maßnahmen planen zu können. Das Instrument „Qualitätsindikator Ernährungsstatus“ der AGPQ wurde durch ihre Erhebung 2006 in der Praxis überprüft und aufgrund der Ergebnisse korrigiert. Bei dem im Vorjahr entwickelten

„Qualitätsindikator Ernährungsstatus“ beruhte der Vergleichswert zur Häufigkeit von Unterernährung bei Heimbewohnern bisher auf Expertenschätzungen. Für die Korrektur wurde ein Verfahren angewendet, das bereits die Fachgruppe Pflege bei der Bundesgeschäftsstelle für Qualitätssicherung gGmbH bei der Erstellung des Qualitätsindikators zur Dekubitusprophylaxe in der Pflege eingesetzt hatte. So konnte von der AG aufgrund dieser Untersuchung der Referenzbereich auf vier bis 15 Prozent aller Bewohnerinnen und Bewohner mit einem BMI <18,5 abgesenkt werden. Es ist bekannt, dass die Anwendung des BMI nicht unumstritten ist. Die AG unterstützt die Entwicklung neuer Instrumente. Ihre Befragung soll eine Anregung dazu sein.

Dokumentation: Resolution des LFR Niedersachsen

Flächendeckender Impfschutz gefordert

♦ Zum Schutz von Frauen vor Gebärmutterhalskrebs fordert der Landesfrauenrat Niedersachsen e.V.:

- Die Ständige Impfkommission am Robert-Koch-Institut als die vom Gesetzgeber vorgesehene fachliche Institution soll die notwendige fachliche Empfehlung für den generellen Einsatz der Impfung gegen HPV bei Mädchen und Frauen so schnell wie möglich herausgeben.

- Die oberste Landesgesundheitsbehörde soll die erforderliche öffentliche Empfehlung für diese Impfung erteilen.

- Die Kostenträger z. B. gesetzliche oder private Krankenkassen haben die Kosten für die Durchführung dieses für Frauen so wichtigen Schutzes zu übernehmen.

Begründung

Der Gebärmutterhalskrebs (Cervixcarcinom) ist eine der häufigsten Krebsarten bei Frauen und tritt vor allem zwischen dem 35. und dem 50. Lebensjahr auf. Durch die so genannte Krebsvorsorge, d.h. die Früherkennungsuntersuchungen, die speziell auf dieses Carcinom ausgerichtet sind, konnte zwar die Häufigkeit des Auftretens von zu spät erkanntem Gebärmutterhalskrebs bei Frauen erheblich gesenkt werden; bei den Früherkennungsuntersuchungen werden jährlich jedoch mehr als 500.000 krankhafte Befunde, so genannte präkanzeröse Läsionen, d.h. Vorstadien eines Gebärmutterhalskrebses entdeckt und müssen operativ behandelt werden. Trotz dieser Früherkennungsuntersuchungen treten jährlich allein in Deutschland mehr als 6.500 Neuerkrankungen an Ge-

bärmutterhalskrebs auf und es kommt zu über 1.700 Todesfällen pro Jahr in Deutschland.

Bereits vor mehreren Jahren wurde erkannt, dass die Entstehung des Gebärmutterhalskrebses in engem Zusammenhang mit einer Infektion mit einem spezifischen Virus, dem humanen Papillomavirus = HPV steht. Auch wenn es über 100 verschiedene HPV-Viren gibt, ist inzwischen bekannt, dass zwischen 70 und 80 Prozent der Cervixcarcinome mit nur zwei dieser Virustypen, dem Typ 16 und dem Typ 18, in enger Verbindung stehen.

Es ist gelungen, gegen diese Virustypen einen Impfstoff zu entwickeln und vielfältige Studien belegen eine hohe Wirksamkeit dieses Impfstoffes bei der Verhütung eines Cervixcarcinoms.

Bad Bevensen,
4. November 2006

Dokumentation: Frauenpolitik nach der Wahl

LFR schreibt an die AGH-Fraktionen

♦ Im Vorfeld der Berlin-Wahl am 17. September 2006 hat sich der LandesFrauenRat Berlin unter anderem bei einem Wahl-Forum mit den Wahlprogrammen der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien auseinandergesetzt. Im Ergebnis dieser Debatte hat sich der Vorstand auf Eckpunkte verständigt, die aus frauenpolitischer Sicht in der neuen Legislaturperiode unverzichtbar sind.

Das Abgeordnetenhaus und der neue Senat von Berlin müssen:

1. Konsequenzen aus dem Senatsbericht „Frauen in Berlin“ ziehen und diese in konkrete Politik überführen.

2. an dem Ziel einer eigenständigen Existenzsicherung von Frauen festhalten und geeignete Maßnahmen dafür umsetzen.

3. das Frauenressort in der heutigen Form beibehalten.

4. alles daran setzen, dass sich die Wachstumsbranche Gesundheit positiv auf die Erwerbstätigkeit von Frauen auswirkt.

5. das Landesgleichstellungsgesetz bei der Besetzung von Positionen sowohl in den Vorständen als auch in den Aufsichtsräten der landeseigenen Betriebe und überall dort, wo das Land Berlin Vorschlagsrecht hat, konsequent anwenden.

Diese fünf Punkte hat der LandesFrauenRat Berlin den Abgeordnetenhaus-Fraktionen, aber besonders den Koalitionspartnern in einem Schreiben mit auf den Weg gegeben. Das Frauenressort findet sich nun in neuer Kombination mit Wirtschaft und Technologie. Sonst sind diese Forderungen im Koalitionsvertrag berücksichtigt, meist jedoch allgemein gehalten und bedürfen somit der weiteren Konkretisierung durch die politisch Verantwortlichen. Der LandesFrauenRat und seine Mitgliedsverbände werden diesen Prozess kritisch begleiten. (sbr)

Sehr geehrter Herr Dr. Lindner,

„Seit ihrem Wiedereinzug in das Berliner Abgeordnetenhaus 2001 hat sich die FDP-Fraktion durch solide und kompetente Sacharbeit als fester politischer Faktor in der Berliner Landespolitik etabliert. In Berlin rechnet man wieder mit der FDP.“ Mit dieser Selbsteinschätzung begrüßen Sie die Userinnen und User der Website der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Weit gefehlt! müssen wir aus frauenpolitischer Sicht entgegenen.

Schon bei unserer Beschäftigung mit den Wahlprogrammen der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien zur Berlin-Wahl im September zeichnete sich ab, dass die FDP der Frauen- und Gleichstel-

lungspolitik keine Bedeutung beimisst. Darüber hinaus hat die FDP nur wenige und in einigen Bezirken gar keine Kandidatinnen für das Abgeordnetenhaus aufgestellt. Diese Personalpolitik findet in der Besetzung des neu gewählten Fraktionsvorstandes ihre konsequente Fortsetzung.

Der Berliner mag von der Sacharbeit der FDP überzeugt sein und mit der FDP rechnen. Die Berlinerin tut dies aus gutem Grund nicht. Immerhin entsprechen sich die liberalen Inhalte und Personalangebote – in punkto Gleichstellung finden wir unter dem Strich ein großes Nichts.

*Freundliche Grüße
Juliane Freifrau von Friesen*

.....
Sehr geehrter Herr Dr. Pflüger,

in ihrem Wahlprogramm zur Abgeordnetenhaus-Wahl 2006 hat die CDU Berlin unerwartet ganz neue Töne angeschlagen und sich zum Beispiel positiv zur Frauen- und Gleichstellungspolitik als einer Querschnittsaufgabe positioniert. Solche Formulierungen wie „Wir wollen ein Berlin, in dem sich Frauen und Männer ihre Aufgaben partnerschaftlich und fair teilen und die Geschlechtergerechtigkeit in allen Bereichen durchgesetzt wird“ haben den LandesFrauenRat Berlin e.V. als Dachverband der Berliner Frauenverbände optimistisch gestimmt, dass die CDU nun in der Gegenwart angekommen ist und eine echte Option für eine moderne Gesellschaftspolitik darstellt. Wir waren optimistisch, obwohl die CDU auf ihren Kandidatenlisten aus unserer Sicht nach wie vor zu wenigen Frauen aussichtsreiche Plätze eingeräumt hat. Mit der Personalentscheidung für den Vorstand der CDU-Fraktion fällt Ihre Partei allerdings wieder

weit hinter die programmatischen Aussagen zurück. Wir können keine Deckung von Inhalt und Personal erkennen. Partnerschaftliche Aufgabenteilung, Fairness zwischen Frau und Mann und Geschlechtergerechtigkeit sind etwas grundsätzlich anderes als das, was die CDU-Fraktion mit einem rein männlich besetzten Vorstand und einer ebenfalls ausschließlich mit Männern besetzten Fraktionsgeschäftsführung praktiziert. Auch ihre weiteren Personalentscheidungen hinsichtlich der Besetzung des Präsidiums des Abgeordnetenhauses ersticken jegliche Hoffnung im Keim, dass mit der CDU Berlin eine für die deutsche Hauptstadt richtige und wichtige moderne Gesellschafts- und Geschlechterpolitik möglich ist. Andere Parteien sind da viel weiter – und diese dürfen sich zumindest aus frauenpolitischer Sicht daher völlig zu Recht als Wahlsiegerinnen feiern.

*Freundliche Grüße
Juliane Freifrau von Friesen*



Vorgestellt – der Techno-Club der TU Berlin

♦ Wie lassen sich Schülerinnen mehr für ein Studium der Natur- oder Ingenieurwissenschaften begeistern? Der 2001 an der Technischen Universität (TU) Berlin ins Leben gerufene Techno-Club will genau dies. Initiiert von der zentralen TU-Frauenbeauftragten, ist er am Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung (ZIFG) angesiedelt und wird vom Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit in Forschung und Lehre finanziert. Projektleiterin Inka Greusing, Diplom-Ingenieurin für Umwelttechnik, und sechs Studentinnen ingenieur- und naturwissenschaftlicher Disziplinen kombinieren im Programm des Techno-Clubs Schulbesuche durch die Tutorinnen mit Veranstaltungsreihen und den Schülerinnen-AGs. Bei den zweistündigen Workshops in den Schulen werden Zehntklässlerinnen dazu angeregt, sich mit Berufsbildern in den Natur- und Ingenieurwissenschaften auseinander zu setzen. Dabei steht die Analyse der spezifischen

Berufswahlkriterien von Frauen im Vordergrund. Seit Herbst 2003 bietet der Techno-Club allen Gymnasien an, auf Anfrage ihre Schülerinnen zu besuchen. In Kooperation mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller TU-Fakultäten organisiert der Techno-Club in jedem Semester für Schülerinnen ab der 10. Klasse die Veranstaltungsreihe „Studieren Probieren“. Dozentinnen und Dozenten bieten in diesem Rahmen nachmittags „Schnupperprojekte“ an, bei denen die Schülerinnen selbst experimentieren und forschen können. Ferner gibt es Clubtage, bei denen sich die Schülerinnen untereinander, mit Studentinnen und berufstätigen Frauen austauschen können. Selbstredend lernen die angehenden Studentinnen so gut den TU-Campus und die Bibliotheken kennen. Im Oktober 2004 startete erstmals eine Schülerin-AG. Seither werden zu Semesterbeginn stets zwei betreute Schülerin-AGs gegründet, die sich aus der Veranstaltungsreihe des Techno-Clubs ihren ei-

genen Semesterplan zusammenstellen. Während die AG „Campusgängerinnen“ ihren Schwerpunkt auf die Universität als Einrichtung legt, die sie gemeinsam kennen und nutzen lernt, konzentriert sich die AG „Forscherinnen“ darauf, die Universität als Forschungseinrichtung kennen zu lernen. Alle Veranstaltungen finden nachmittags während des regulären Unibetriebs statt, damit die Schülerinnen einen authentischen Eindruck des Unilebens erhalten. Die Teilnahme umfasst zwei bis drei Semesterwochenstunden und wird durch die TU-Leitung zertifiziert. Beim Festakt mit Unirallye und Party zum fünfjährigen Bestehen in diesem Herbst platzte der Seminarraum des Techno-Clubs aus allen Nähten. Rund 2.000 Schülerinnen haben ihn seit 2001 besucht. Manch eine meldete sich später als Physik-Studentin, in diesem Fach ist der Frauenanteil von zehn auf 20 Prozent gestiegen. (sbr) **Mehr ist unter www.tu-berlin.de/schueler/techno-club zu erfahren.**

BIG-Modellprojekt

♦ Das Berliner Interventionszentrum bei häuslicher Gewalt (BIG) hat im Rahmen eines Modellprojekts innerhalb eines halben Jahres 136 Frauen telefonisch beraten. In den ersten sechs Monaten seit dem Start im Oktober 2005 hat die Polizei 226 Fälle übermittelt. Die Initiative, der fünf Frauenberatungsstellen und die BIG-Hotline angehören, ruft von häuslicher Gewalt betroffene Frauen an, nachdem die Polizei die Täter aus der Wohnung gewiesen hat. Für Migrantinnen stehen Sprachmittlerinnen bereit. Das Projekt wurde im ersten halben Jahr wissenschaftlich begleitet. Wie die Auswertung ergab, wurden von den übermittelten Fällen 182 Frauen telefonisch erreicht. 120 Betroffene wurden unmittelbar am Telefon beraten, 16

zu einem später vereinbarten Zeitpunkt. 22 Frauen lehnten eine Beratung ab, fünf Frauen wurden bereits anderweitig beraten und zwei Frauen konnten zum Zeitpunkt des Anrufs nicht frei sprechen. 70 Prozent der erreichten Frauen hätten den Angaben nach von sich aus keine Hilfe in Anspruch genommen.

Die Frauen werden von dem Interventionszentrum bei der Planung der nächsten Schritte unterstützt und bei Bedarf an Rechtsberatung oder Schutzunterkünfte vermittelt. Die Förderung des Projekts läuft über die Modellphase hinaus bis Ende 2006 weiter. Wie es danach weitergeht, ist noch unklar. BIG bietet Betroffenen täglich von 9 bis 24 Uhr Hilfe und Erstberatung unter der Rufnummer 030/611 03 00.

Frauenbeauftragte beurlaubt

♦ Ekkehard Band (SPD), Bezirksbürgermeister von Tempelhof-Schöneberg, hat Anfang November die langjährige bezirkliche Frauenbeauftragte Dagmar Birkelbach bis auf weiteres beurlaubt. Der Grund: Aus den so genannten Rosenholz-Unterlagen der Birthler-Behörde geht hervor, dass Dagmar Birkelbach vom 3. Januar 1986 an unter dem Decknamen „Fluß“ für die DDR-Staatsicherheit gearbeitet haben soll. Sie soll unter anderem über die Vorgängerpartei der Grünen, die Alternative Liste (AL), der Stasi berichtet haben. Dagmar Birkelbach saß von 1985 bis 1987 und von 1989 bis 1991 für die AL im Abgeordnetenhaus. Bisher hat sie die Stasi-Vorwürfe stets als Unterstellung zurückgewiesen. (sbr)

Wanderausstellung zur Antigewaltpolitik

♦ 30 Jahre erfolgreiche Politik gegen Gewalt an Frauen und Mädchen in Berlin dokumentiert die Wanderausstellung „Du machst den ersten Schritt, wenn Du anrufst...“, die seit dem 25. November mit Start im Rathaus Charlottenburg durch die Bezirke tourt. Im November 2006 jährt sich zum 30. Mal die Eröffnung des ersten deutschen Frauenhauses in Berlin als Modell-Einrichtung und Ergebnis eines Internationalen Tribunals.

„Das Datum eignet sich weniger zur Feier als zu einer Reflexion über Erreichtes und noch Anzustrebendes“, kommentieren die Ausstellungsmacherinnen vom Frauenforschungs-, -bildungs- und -informationszentrum FFBIZ. Trotz vieler Erfolge wissen auch heute noch viele Betroffene nicht

ausreichend über Hilfsmöglichkeiten und sinnvolle Strategien von Selbsthilfe Bescheid. Die Ausstellung umfasst fünf großflächige so genannte „Ausstellungsfahnen“, auf denen die schrittweise Entwicklung der Berliner Antigewaltpolitik von der Eröffnung Erstes Frauenhaus bis zum Gewaltschutzgesetz 2005 dargestellt wird. Dazu werden Originalplakate, Demotransparente und verschiedene Objekte der kreativen Auseinandersetzung von betroffenen Mädchen präsentiert, Videos und Filme ergänzen die Schau.

„Wir betrachten die Ausstellung als einen Beitrag für zunehmende Präventionsarbeit, für Wissen und für weitere Vernetzung“, so das FFBIZ, das sich mit der Ausstellung auch ganz bewusst an Jugendliche wendet. „Wir laden Sie

ein zu vielfältiger Kooperation, zur Mitteilung Ihrer Wünsche oder Ideen an uns. Wir freuen uns darauf, Ihre Vorschläge aufzugreifen, Ihre eigenen Veranstaltungen oder Arbeiten in der Ausstellung bekannt zu machen und mit Ihnen gemeinsam, wenn auch auf je unterschiedliche Weise, die Lage von Frauen und Kindern als hauptsächlichsten Opfern von Beziehungsgewalt zu stärken. So wollen wir das Jubiläum gut begehen“, betonen die FFBIZ-Frauen.

Die Ausstellung „Du machst den ersten Schritt, wenn Du anrufst...“ ist derzeit im Rathaus Pankow und anschließend in den Rathäusern von Spandau, Köpenick und Neukölln sowie in der Fachhochschule Alice-Salomon in Hellersdorf zu sehen. Mehr Infos sind unter www.ffbiz.de zu finden. (sbr)

Personalia

Einen überzeugenden Vertrauensbeweis erhielt die stellvertretende Partei- und Fraktionsvorsitzende der SPD, **Elke Ferner** (48), die Ende September in Berlin in ihrem Amt als Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) bestätigt wurde. In ihrer Rede wandte sie sich vehement gegen die „grassierende Mode“, den Feminismus zu disqualifizieren. Deutlich fiel auch das Votum für die Vorsitzende des Deutschen Frauenrates **Brunhilde Raiser** aus, die bei der Mitgliederversammlung im November mit überwältigender Mehrheit ebenfalls in ihrem Amt bestätigt wurde. Dem neuen DF-Vorstand gehört auch eine gute Bekannte des Landes-FrauenRates Berlin an: **Marlies Brouwers** vom Katholischen Deutschen Frauenbund, die stellvertretende LFR-Vorsitzende ist. Der LFR gratulierte herzlich und wünschte für die kommenden Jahre Kraft, Stärke und strategisches Bewusstsein, um die Sache der Frauen voranzubringen.

LFR-Gratulationen gingen auch an **Gabi Grützner** von der Micro resist technology GmbH, die im Oktober mit dem Sonderpreis „Unternehmerin des Jahres 2006 des Großen Preises des Mittelstandes“ im Rahmen der 12. Oskar-Pazelt-Stiftungstage ausgezeichnet worden ist sowie an **Dr. Christine Wedler** von der Angewandte Synthesechemie Adlershof ASCA GmbH, die beim 3. Berliner Unternehmerinnentag zur „Berliner Unternehmerin des Jahres 2006“ gekürt wurde.

Nach der Berlin-Wahl gab es jede Menge Gratulationsschreiben, immer verbunden mit dem Hinweis auf eine geschlechtergerechte Politik. So zum Beispiel an den wiedergewählten Frauensensor **Harald Wolf** und seine neue Staatssekretärin **Almuth Nehring-Venus**, die vor ihrer Ernennung noch mit einer unpassenden Rede bei einer Ausstellungseröffnung für Schlagzeilen sorgte und die der LFR alsbald zu einem Gespräch treffen wird. Ihre Vorgängerin **Susanne Ahlers** verabschiedete sich mit den Worten „Ich habe sehr gern

mit Ihnen zusammengearbeitet und freue mich jetzt auf neue Herausforderungen“. Der LFR sagt dankend „Adieu“. Der Gruß gilt auch der langjährigen Fraktionsvorsitzenden, arbeitsmarkt- und frauenpolitischen Sprecherin der Bündnisgrünen, **Dr. Sibyll Klotz**, die nach fast 16 Jahren Parlament auf die Bezirksebene gewechselt ist und sich als Stadträtin für Gesundheit und Soziales in Tempelhof-Schöneberg neue Sporen verdienen will. Neue frauenpolitische Sprecherin ist **Anja Kofbinger**, die zuvor frauenpolitische Referentin der Landespartei war. Auch bei der SPD gibt es eine Neue: **Canan Bayram** ist jetzt frauenpolitische Sprecherin, während sich **Ulrike Neumann** ganz der Gleichstellungsstelle widmen wird. Frauenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion ist **Margit Görsch** geworden, während die FDP **Rainer-Michael Lehmann** zum frauenpolitischen Sprecher gekürt hat. Die Linkspartei.PDS wird jetzt von einer Frau geführt: **Carola Bluhm**.



Messe „Frauenberufungen“

♦ Unter dem Motto „Frauenberufungen“ steht die Frauenmesse im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf, die 2007 erstmals im UCW stattfinden wird: Am 26. März 2007 können sich interessierte Frauen in der Zeit von 11 bis 18 Uhr zu Fragen rund um das Thema „Wirtschaft und Arbeit“ in dem Zentrum informieren.

Die Frauenmesse hat im westlichen City-Bezirk Tradition, soll im kommenden Jahr aber verändert werden. Vom Rathaus Charlottenburg zieht sie ins Unternehmerinnen- und Gründerinnenzentrum um, in dem auch der LandesFrauenRat seinen Sitz hat. So ergeben sich ganz neue Möglichkeiten. „Name und Ort sollen auch das Ziel der Messe unterstreichen: Frauen schaffen Arbeitsplätze für Frauen. Unternehmerinnen, Existenzgründerinnen und Frauenverbände vernetzen sich, bieten gegenseitig Unterstützung und Be-

ratung an“, fast die bezirkliche Frauenbeauftragte Christine Raabe die Intention zusammen. Neu ist auch die Kontaktbörse. Gebote und Gesuche können hier bereits vorher, aber auch noch am Tag der Frauenmesse selbst aufgegeben werden.

Insbesondere Unternehmen und Verbände aus dem Bereich „Wirtschaft und Arbeit“ sind als Aussteller zur Frauenmesse 2007 eingeladen. Die Standgebühr beträgt 50 Euro. Anmeldungen nimmt die Frauenbeauftragte bis zum 15. Januar 2007 unter 030/9029-126 90, Email: frauenbeauftragte@ba-cw.verwalt-berlin.de entgegen. Mitgliedsverbände des LandesFrauenRates Berlin können sich kostenfrei in den LFR-Räumen in der dritten Etage des UCW beteiligen. Die Vorsitzenden erhalten dazu Anfang 2007 die nötigen Informationen. Vorabfragen beantwortet die LFR-Geschäftsstelle.

Möglichkeiten der Altersvorsorge

♦ Die Renten-Situation von Frauen hat sich in den vergangenen Jahren grundsätzlich etwas verbessert. So werden Kindererziehungszeiten und auch Pflegezeiten für die Rente angerechnet. Weiterhin gibt es die 1999 eingeführte Versicherungspflicht für geringfügig Beschäftigte.

Doch reicht diese Verbesserung? Und gilt sie für alle Frauen? Leider nicht! Deshalb ist es wichtig, sich frühzeitig um die Altersvorsorge zu kümmern. Dazu kommt noch der Anstieg der Lebenserwartung. Er bedeutet, dass alle Menschen, Frauen aber besonders, ihre Lebensplanung und damit ihre Altersvorsorge unter der Perspektive einer langen Lebensdauer betreiben müssen. Für viele Frauen ist es höchste Zeit, sich jetzt um ihre Altersvorsorge zu kümmern, denn jede vierte Frau zwischen 30 und 59 Jahren hat im Rentenalter eine Versorgungslücke von monatlich rund 500 Euro

– so die Einschätzung einer renommierten Beratungsgruppe.

Der Staat unterstützt den Aufbau der Altersvorsorge mit Zulagen und Steuererleichterungen, von denen die meisten Frauen profitieren können. Wie können die „Riester-Rente“ oder/und die „Rürup-Rente“ einen Ausgleich schaffen und Frauen beim Aufbau Ihrer Altersvorsorge unterstützen? Was genau gibt der Staat wem dazu? Welche weiteren Möglichkeiten gibt es?

Im Konferenzsaal in der vierten Etage des Unternehmerinnen- und Gründerinnenzentrums Charlottenburg-Wilmersdorf erteilt die Expertin Margarete Krümpel am Donnerstag, dem 7. Dezember, in der Zeit von 19 bis 21 Uhr Auskunft zu diesen Fragen. Die Teilnahme kostet 5 Euro.

Anmeldungen und weitere Informationen unter info@finesse24.de oder telefonisch unter 030/31 56 15 89.

Existenzgründung

♦ Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen hat jetzt die Broschüre „Berlinerinnen – selbstständig!“ veröffentlicht. Der Schritt in die Selbstständigkeit bietet für immer mehr Frauen eine interessante berufliche Option. Oft werden aber die organisatorischen und finanziellen Probleme unterschätzt. Daher soll die Broschüre Existenzgründerinnen Mut machen, den Schritt in die Selbstständigkeit trotzdem zu wagen. Die Broschüre kann in der Pressestelle der Senatsverwaltung, Martin-Luther-Straße 105, 10825 Berlin, gegen 0,85 Euro Rückporto angefordert oder dort abgeholt werden und steht im Internet auf www.berlin.de (Senatsverwaltungen) als PDF-Datei zum Download bereit.

Frauengesundheit

♦ Der Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft e.V. lädt am 13. Dezember 2006 zu einer Vortragsveranstaltung mit Diskussion zum Thema „Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs“ in den UCW-Konferenzsaal ein. Referentin ist Dr. Christine Meyer vom Robert-Koch-Institut. Die Veranstaltung, die um 19.30 Uhr beginnt, findet in Kooperation mit der Regionalgruppe des Deutschen Ärztinnenbundes statt. Nichtmitglieder zahlen für die Teilnahme 2 Euro.

**UCW-Koordinatorin
Inge Dallmeier**

Raum 402

TelefonFax:

030/86 31 31 83

Email:

info@ucw-berlin.de

UCW

**Sigmaringer Straße 1
10713 Berlin**

Termine

13. Dezember 10 Uhr

Fit in Finanzen – Budgetplanung leicht gemacht

Veranstaltung in der Reihe „Geld und Haushalt“ im Rathaus Treptow, Raum 217, mit Elke Schumacher (Dipl.-Sozialarbeiterin); nächste Termine: Darüber spricht man – das Thema Geld in der Familie (7. Februar), Gut leben statt viel verbrauchen – Grundlagen des nachhaltigen Konsums (9. März); Auskünfte erteilt die Gleichstellungsbeauftragte von Treptow-Köpenick, Christiane Hartmann-Kraatz, Telefon: 030/61 72 23 09.

14. Dezember 18 bis 20 Uhr

Frauenrechte in der Europäischen Sozialcharta

Vorlesungsreihe „Europarecht aus Frauensicht – Stand und Perspektiven“ am Fachbereich Rechtswissenschaft der FU Berlin, Hörsaal III, Van't-Hoff-Straße 8 in Berlin-Dahlem; weitere Termine: Die Bekämpfung der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts durch das Europarecht (11. Januar), Gleichheit der Geschlechter oder Förderung von Diversity? – Leitbilder des europäischen Antidiskriminierungsrechts (18. Januar), Der Beitrag des europäischen Sozialdialogs zur Gleichstellung der Geschlechter (25. Januar), Die europäische Dienstleistungsrichtlinie aus frauenrechtlicher Sicht (1. Februar), Women's Rights and the (Future) Fundamental Rights Agency (8. Februar), Die Diskussion um eine Europäische Verfassung aus Frauensicht (15. Februar)

5. bis 7. Januar

Unbeschreiblich weiblich? Mädchen und junge Frauen in Jugendkulturen

Fachtagung des Archivs der Jugendkulturen Berlin in Kooperation mit der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar in Weimar, Teilnahme: 60 Euro, ermäßigt 30 Euro. Anmeldung unter 030/694 29 34, Email: tagung@jugendkulturen.de, Infos: www.jugendkulturen.de und www.ejbweimar.de

15. Januar

Start

Frauen lernen die deutsche Sprache

Deutsch Integrationskurs für Frauen im Frieda Frauenzentrum, Proskauer Straße 7 in Berlin-Friedrichshain, Telefon: 030/29 66 46 90 (9 bis 14 Uhr); Internet-Info: www.frieda-frauenzentrum.de

30. Januar

18 Uhr

Warum und wie ins Internet?

Themenabend des Lady's Stammtisch mit Hinweisen für Starterinnen und Unternehmerinnen, die (mehr) mailen, surfen, googeln wollen und noch nicht alle Tricks kennen, mit Nancy Haak im Rathaus Treptow. Für Mitglieder kostenlos, sonst kostet die Teilnahme 10 Euro, die bis acht Tage vor der Veranstaltung zu zahlen sind auf das Konto Lady's Stammtisch, Berliner Volksbank, Kto: 71140 44 002, BLZ 100 900 00.

Frau des Jahres: Tine Theune-Meyer

♦ Der Deutsche Staatsbürgerinnen-Verband e.V. lädt zur Ehrung der Frau des Jahres 2006 am Samstag, dem 16. Dezember um 11.30 Uhr ins Berliner Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstraße 5, ein. Der Titel wird der früheren Fußballspielerin und heutigen Bundestrainerin der Frauen-Fußballnationalelf, Tine Theune-Meyer, verliehen. Die Frauen des Deutschen Staatsbürgerinnen-Verbandes haben sie zur Frau des Jahres 2006 gewählt, da sie durch den Gewinn der Weltmeisterschaft 2003 den Frauenfußball erfolgreich aus dem Schatten des Männersports herausgeholt hat.

LFR-Start mit Jahreshauptversammlung

♦ Der LandesFrauenRat Berlin e.V. veranstaltet am 15. Januar 2007 seine Jahreshauptversammlung im Unternehmerinnen- und Gründerinnenzentrum Charlottenburg-Wilmersdorf (UCW), Sigma-Ringer Straße 1 in 10713 Berlin. Im Mittelpunkt stehen die Berichterstattung über die LFR-Arbeit und der Ausblick auf neue Projekte. Im Vorfeld sind die Vorsitzenden der Mitgliedsverbände zu einem Vorsitzendentreffen eingeladen, bei dem die weitere Zusammenarbeit mit dem LFR-Vorstand besprochen werden soll. Die Vorsitzenden und Delegierten erhalten die offizielle Einladung zum Jahreswechsel.

**Die Zivilisation eines
Landes erkennt man
an den Männern, die
Kultur erkennt man
an den Frauen.**

Giosuè Carducci
(Schriftsteller 1835-1907)